

UNABHÄNGIGE Bauernstimme

Mai 2000 Nummer 223
K 12858 / 5,00 DM

Eine Zeitung von Bäuerinnen
und Bauern



Foto: Lehsten, argum / Greenpeace

Abl und Greenpeace vor dem Europäischen Patentamt

Schwerpunkt

2. Säule der Agrarpolitik

Brüssel hat mit der neuen Verordnung ländliche Entwicklung den Rahmen inhaltlich und finanziell abgesteckt. Deutschland zieht mit der Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe „Agrarstruktur und Küstenschutz“ nach. Aber nicht alles wird übernommen. **Seite 11**

Länderprogramme

Konkret wird die Förderung der 2. Säule in den einzelnen Bundesländern. Diese überarbeiten ihre Programme mit recht unterschiedlichen Schwerpunkten, wie die Beispiele Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Sachsen-Anhalt zeigen. **Seiten 12-14**

Bewegung

Abl & Greenpeace-Aktion

Mit einem Misthaufen zogen am 11. Mai die Abl und Greenpeace vor das Europäische Patentamt in München, um ein Zeichen gegen die Patentierung von Pflanzen zu setzen. Das Amt verhandelte dort über ein Patent des Konzerns Monsanto. **Seite 4**

Abl im Osten

In Mecklenburg-Vorpommern steht die Abl vor der Gründung eines Landesverbandes. Anliegen der Aktiven ist die Vertretung der kleineren und mittleren Betriebe gegen die Bevorteilung der Großbetriebe. Am 8. Mai ist die Auftaktveranstaltung. **Seiten 16-17**

Politik

Tierschutz macht Ärger

Mit einer neuen Kampagne gegen das Vorhaben der Bundesregierung, die Käfighaltung von Legehennen weiterhin zuzulassen, haben sich die Tierschutzverbände bei Grünen und Minister Funke keine Freunde gemacht. **Seite 7**

weitere Themen

Bilanz von 5 Jahren Rot-Grün in NRW im Kommentar **Seite 2**, Diskussion der Berufsgenossenschaft **Seite 3**, Widerstand gegen Nachbaugebühren **Seite 5**, Mindestpreis für Milch **Seite 8**, Kartoffel-Vielfalt **Seite 15**

Kritisieren kann jeder, aber besser machen?"

Auch der obersten Instanz der deutschen Literaturkritik Reich-Ranicki erging es nicht anders als anderen. Kritikern. Erst als er mit „Mein Leben“ ein eigenes, gutes und erfolgreiches Buch vorlegte, verstummten viele seiner Gegner. „Kritisieren kann jeder, aber besser machen?“ Welcher Jugendliche kennt diesen Satz nicht von seinen Eltern. Welcher Agraroppositionelle hat ihn nicht in den letzten Jahrzehnten immer wieder von den Funktionären aus Parteien und Verbänden vorgehalten bekommen. Umso spannender natürlich auch 1995 die Frage an die rotgrüne Landesregierung in Nordrhein-Westfalen: Was werdet Ihr besser machen? Erstmals gab es eine grüne Ministerin für Landwirtschaft in einem Bundesland. Dieses Ressort war sicher kein Herzenswunsch von Bärbel Höhn, aber wer Umweltminister werden wollte, bekam die Landwirtschaft dazu.

Heute kann sie sich nur darüber freuen, denn in keinem anderen Regierungsreich haben die Grünen eine solch erfolgreiche Bilanz vorzuweisen. Nach einer anfänglichen Orientierungsphase wurde ein klares agrarpolitisches Profil deutlich mit dem Schwerpunkt einer vielfältigen bäuerlichen Landwirtschaft, die jenseits des einseitigen Leitbildes der weltmarktorientierten Wachstumslandwirtschaft angesiedelt wurde. Nicht die liberalistische Sicht einer

ausschließlich auf „billige“ Rohstoffe setzenden Agrarproduktion mit begleitendem „wachse oder weiche“ standen im Mittelpunkt, sondern die Stützung vielfältiger Erwerbs- und Einkommensalternativen im ländlichen Raum. Das reichte von der Qualitätserzeugung (regionale Standards, artgerechte Tierhaltung, Ökolandbau usw.) über die Direkt- und Regionalverarbeitung und -ver-

marktung einschließlich bäuerlicher Kooperationsformen bis zu den nachwachsenden Rohstoffen und der dezentralen Energiewirtschaft.

Einzig bei den Agrarumweltprogrammen blieben Bayern und Baden-Württemberg unerreichbar. Mit dem neuen Programm für den ländlichen Raum soll hier aufgeholt und z.T. neue Akzente gesetzt werden. Die Vielzahl der Programme ist sicherlich für den einzelnen Betrieb nicht leicht zu durchschauen und oft bürokratisch. Aber wer die Vielseitigkeit der Entwicklungschancen der Betriebe befördern will, kommt um einen „Strauß von Maßnahmen“ (Höhn) nicht herum. Kritiker werten dies als Konzeptlosigkeit. In ihren Augen hat derjenige ein Konzept, der auf die „wettbewerbsfähigen“ Betriebe setzt und allen anderen Ausstiegshilfen gibt. Dabei kann man gerade an NRW, dem Land des Strukturwandels in Kohle und Stahl, lernen, wie gefährlich einseitige Strukturen sind, wie komplex der wirtschaftliche Umbau gestaltet werden muss und wie teuer es wird, wenn man zu spät damit an-

fängt.

Auch die Abl. war vorher nie so gefragt, konkrete und praktikable Vorstellungen zu entwickeln. Reine Prinzipien wirkten dabei eher hilflos. Gut und viel zu arbeiten war nötig. Denn sich auf detaillierte Vorschläge einzulassen, deckt die Fähigkeiten und Grenzen schonungslos auf.

Vielfalt bäuerlicher Erzeugungs- und Vermarktungswege unterstützt durch konsequenten Verbraucherschutz (BSE), Tierschutz (Käfighuhn-Urteil) und ausgleichenden Naturschutz statt Einfalt des Produktionswachstums – Agrarpolitik vorrangig als gesellschaftliches Projekt ohne berufständisches Pathos, das kann überzeugend und auch erfolgreich sein. So besetzt die Landwirtschaft auch in einem stadtdominierten Industrieland ihren angemessenen Platz. Die „ehemalige“ Agraropposition in NRW hat ihren Kritikern gezeigt, dass sie gestalten und regieren kann. Hoffentlich haben das auch die Akteure selbst verstanden.

Hugo Gödde



KOMMENTAR

Erfolgreich

Agrardiesel bleibt farblos

Der Agrardiesel ist längst beschlossen, doch die Umsetzung macht Probleme

Der neue Agrardiesel für die Landwirtschaft soll entgegen früheren Überlegungen der Bundesregierung nicht eingeführt werden. Das spezielle Einfärben hätte einen eigenen Treibstoff geschaffen, der eine einfache Abrechnung der Mineralölsteuer ermöglicht hätte. Doch hat sich dieses Vorhaben anscheinend als zu aufwendig in der Logistik erwiesen, denn die Mineralölwirtschaft und der Handel hätten ein eigenes Vertriebs- und Lager-system für den neuen Diesel schaffen müssen. Berechnungen haben ergeben, dass das Kosten von etwa 4-8 Pfennig je Liter Diesel bedeutet hätte, die dann natürlich von den Landwirten zu tragen gewesen wären. So hätte sich die Entlastung der Landwirtschaft stark reduziert.

Der Agrardiesel soll einem Beschluss der Regierungsfractionen ab 2001 eingeführt werden, um die Belastung der Landwirtschaft durch die Ökosteuer nicht allzu groß werden zu lassen. Er soll mit einem Mineralölsteuersatz (57 Pf/l) belegt sein, der zwischen dem Steuersatz für normalen Diesel und dem für Treibstoff im produzierenden Gewerbe liegt.

Erstattungsverfahren

Statt des Einfärbens denkt die Bundesregierung laut Presseberichten nun an ein Erstattungsverfahren. Landwirte kaufen demnach in Zukunft also normalen Diesel zum jeweils gültigen Mineralölsteuersatz und bekommen dann auf Antrag soviel an Steuern zurückerstattet, dass sie auf den Agrardiesel-Steuersatz von 57 Pf/l kommen. Unklar ist jedoch noch, wie diese Rückerstattung organisiert werden soll. Dabei werden zwei Modelle diskutiert:

Das Bundesfinanzministerium will die Regelung so gestalten, dass der Verwaltungsaufwand für den Bund möglichst klein bleibt. Im Gespräch ist, den Landwirten pro ha Acker- bzw. Grünland einen pauschalen Erstattungssatz zu ge-

währen, der sich am Durchschnittsdieselverbrauch pro Hektar orientiert. Der Deutsche Bauernverband (DBV) dagegen favorisiert eine Regelung, die sich auf den durch Rechnungen belegten tatsächlichen Dieserverbrauch jedes einzelnen Landwirts bezieht.

Ökosteuer-Klage

Grundsätzlicher gehen derweil drei westfälische Landwirte vor. Sie ziehen mit Unterstützung des westfälisch-lippischen Landwirtschaftsverbandes (WLW) gegen das Ökosteuergesetz vor das Bundesverfassungsgericht. Laut WLW stützen sie ihre Klage darauf, dass sie als Landwirte in die Erstattungsregelungen in dem Gesetz nicht einbezogen sind. Ein Betrieb des produzierenden Gewerbes kann diejenigen Ökosteuern zurückfordern, die über 1.000 DM im Jahr liegen und die der Betrieb nicht durch gesenkte Rentenbeiträge an Entlastung verbuchen kann. Landwirte haben diese Möglichkeit beim Diesel nicht.

Biodiesel-Konkurrenz

Eine bremsende Wirkung auf den Einsatz von Biodiesel in der Landwirtschaft bescheinigt unterdessen eine neue Studie dem Agrardieselvorbau ebenso wie der derzeitigen Gasölbeihilfe. Die von dem CSU-Bundestagsabgeordneten Josef Holzerth in Auftrag gegebene und an der TU München-Weihenstephan erstellte Untersuchung kommt zu dem Ergebnis, dass der Einsatz von Rapsmethylester (RME) und reinem Rapsöl in der Landwirtschaft schon im nächsten Jahr zu Kostenvorteilen führen würde, wenn die Ökosteuerreform planmäßig umgesetzt, die Gasölbeihilfe abgeschafft und kein steuerverbilligter Agrardiesel eingeführt würde. Mit dem Agrardiesel würden RME und Rapsöl jedoch immerhin kostenmäßig noch gleichauf liegen. uj



Ein Augenblick im Museum Insel Hombroich

Beitragssteigerungen um 25 %, bei kleineren Betrieben sogar um bis zu 100 % haben die landwirtschaftliche Unfallversicherung (LUV) in die Kritik gebracht. Auslöser dieser Beitragssteigerung ist vor allem die Kürzung der Zuschüsse des Bundes zu den Trägern der LUV, den Berufsgenossenschaften. Immer wieder wird nun von Bauern und Bäuerinnen wie auch von Politikern die Frage aufgeworfen, ob die Berufsgenossenschaften noch zeitgemäß sind und eine Privatisierung der LUV nicht billiger wäre.

Die Berufsgenossenschaft (BG)

Die Unfallversicherung der Landwirte ist über die Berufsgenossenschaften (BG) geregelt. Sie ist eine gesetzliche Pflichtversicherung und wird in Selbstverwaltung von den Mitgliedern geführt. Die BG hat eine gesetzliche Fürsorgepflicht für ihre Mitglieder zu tragen, d.h. nach Arbeitsunfällen die bestmögliche Heilbehandlung und Rehabilitation der verletzten Mitglieder zu gewährleisten. Sie arbeitet nach dem Selbstkostendeckungsprinzip, Überschüsse werden an die Solidargemeinschaft ausgegeben.

Wichtig für den Vergleich mit privaten Versicherungen ist, dass – bisher – in der BG alle Arbeitsunfälle im landwirtschaftlichen Betrieb und im Haushalt versichert sind. Für Familienangehörige besteht der Versicherungsschutz genauso wie für mithelfende Nachbarn oder sonstige MitarbeiterInnen. Bislang schließt das auch mithelfende Altenteiler mit ein.

Die Leistungen umfassen nicht nur finanzielle Hilfen wie lebenslange Renten, Verletzten- und Übergangsgeld, sondern auch Sachleistungen wie Heilbehandlungen, die Gewährung von Betriebs- und Haushaltshilfen, Berufs- und Umschulungshilfen und Hilfen für Umstrukturierungsmaßnahmen auf dem Betrieb. Ein wichtiger Arbeitsbereich der LUV ist die Unfallprävention, zu der die Kontrolle der Unfallvorschriften, aber auch Aufklärung und Beratung über Arbeitssicherheit gehören.

Beitragsberechnung

Die Berechnung der Beiträge, die die Betriebe zu zahlen haben, ist in den 20 regionalen BG'en unterschiedlich ausgestaltet. Bei der Westfälischen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft etwa setzt sich der Beitrag aus einem Grundbeitrag, einem Flächenbeitrag (je ha) und einem bodenpunkteabhängigen Flächenwertbeitrag zusammen, wobei eine progressive Staffel dazu führt, dass größere Betriebe auf guten Standorten weniger pro Hektar zahlen. Von dem so errechneten Bruttobeitrag wird der Bun-

Die Landwirtschaftliche Unfallversicherung

Bislang ist die Unfallversicherung in der Landwirtschaft über die regionalen Berufsgenossenschaften organisiert. Es gibt Stimmen, die das als zu teuer ansehen. Wie das System heute arbeitet und welche Reformvorschläge es gibt, beschreibt Ute Hörcher

deszuschuss von 42,25 % abgezogen. Ein 50-ha-Betrieb mit einem Flächenwert von 1.400 DM zahlt in diesem Jahr 2.742 DM.

In Schleswig-Holstein funktioniert die Beitragsberechnung anders. Im Hebejahr 2000 wurde der Bruttobeitrag auf 770 DM festgesetzt. Davon werden

von 615 Mio. DM im Jahr 1998 über 550 Mio. DM 1999 auf 500 Mio. DM in diesem Jahr gesenkt worden.

Gekürzte Zuschüsse

Außerdem hat die Regierung beschlossen, dass landwirtschaftliche Unternehmen (bis zur Mindestgröße von 4



Bei Unfällen auf Höfen springt die Berufsgenossenschaft ein.

Vorteile von Berufsgenossenschaft und privater Unfallversicherung

landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft	private Unfallversicherung
Aufwendungen für Unfallprävention lebenslange Unfallrente Versicherung von Unfällen im Haushalt Fürsorgepflicht Gewährung von Sachleistungen wie Reha- und Umbaumaßnahmen, Haushalts- und Betriebshilfen, Umschulungen kostendeckendes Arbeiten statt Gewinnmaximierung Selbstverwaltung	niedrigere Beiträge hohe Einmalzahlungen bei Invalidität, die Betroffene günstig anlegen kann Versicherung auch bei Freizeitunfällen freie Wahl des Versicherungsträgers und Möglichkeit, günstige Verträge auszuhandeln

2,25 DM an Bundeszuschüssen abgezogen (29,2 %). Der so errechnete Nettobeitrag wird mit der Anzahl der Arbeitseinheiten des Betriebes multipliziert (1 ha Ackerland entspricht 4,95 Arbeitseinheiten). Zusätzlich fließt ein Grundwert in die Berechnung ein. Ein 50-ha-Ackerbaubetrieb zahlt in Schleswig-Holstein in diesem Jahr 1.387 DM an die BG. Bei großen Viehbeständen erhöht sich der Beitrag.

Über die Höhe des Bundeszuschusses zur LUV verhandelt der Bund in jedem Haushaltsjahr neu, denn er ist nicht gesetzlich garantiert, sondern nur im Bundeshaushaltsgesetz verankert.

Die Bundesmittel für die LUV sind

ha Ackerland bzw. 6 ha Grünland) nur dann einen Beitragszuschuss bekommen, wenn ihr Bruttobeitrag 450 DM übersteigt. Bisher lag diese Grenze bei 150 DM. Ebenfalls neu ist, dass Nebenunternehmen, wie z.B. Ferien auf dem Bauernhof oder Verkauf veredelter Produkte ab Hof, vom Bund nicht mehr bezuschusst werden.

Wie die einzelne BG über diese gesetzlichen Vorgaben hinaus die Beitragszuschüsse auf die Betriebe verteilt, ist jeder BG selbst überlassen. Die westfälische BG hat beschlossen, die Beträge aller Betriebe oberhalb der genannten Mindestgröße einigermaßen gleichmäßig im Schnitt um rund 25 % anzuheben. Dagegen hat die schleswig-holsteinische BG trotz der Bundesmittel-

kürzungen die Beiträge in diesem Jahr um 11,5% gesenkt, weil die rückläufigen Bundeszuschüsse durch angesparte Betriebsmittel ausgeglichen werden konnten.

Reformvorschläge

Nach den drastischen Beitragserhöhungen bei fast allen BG'en fragen sich viele Landwirte, ob eine private Unfallversicherung nicht billiger wäre. Vorteile der privaten Unfallversicherung sehen sie in niedrigeren Beiträgen und darin, dass bei den privaten nach einem Unfall die Versicherungssumme auf einen Schlag ausgezahlt wird und dann als Kapitalanlage gewinnbringend angelegt werden kann, während die BG eine monatliche Unfallrente zahlt. Außerdem versichern private Unfallversicherungen auch Freizeitunfälle.

Die Bauernverbände, das Bundeslandwirtschaftsministerium und der Bundesverband der Landwirtschaftlichen Sozialversicherungsträger (LSV), Kassel, sind sich jedoch einig, dass das System der BG bestehen bleiben und nur durch die Einführung privatwirtschaftlicher Elemente verbessert werden soll. Dazu gehört vor allem die Einschränkung des Versicherungsschutzes für den Haushalt. Zudem wird häufig gefordert, dass Altersrentner (über 65 Jahre) bei Unfällen keine Unfallrente mehr bekommen sollen. Der Bayerische Bauernverband und der Bundesverband in Kassel halten es für denkbar, eine Unfallrente erst bei einer Minderung der Erwerbsfähigkeit von 30% (bisher 20%) zu gewähren.

Schlussbemerkungen

Die genannten Einsparmöglichkeiten gehen oft zu Lasten von besonders Bedürftigen (z.B. Einschränkung der Unfallversicherung im Haushalt einschließlich der Haushaltshilfe, Invalidenrente für Altenteiler).

Wer nach 100 %-iger Privatisierung ruft, muss sich die Folgen in allen Einzelheiten klar machen, denn die Angebote der Privaten sind wegen unterschiedlicher Leistungen nicht einfach mit der BG vergleichbar.

Und durch Privatisierung wird die Versicherung landwirtschaftlicher Unternehmen nicht wesentlich billiger, zumindest nicht in der Summe. Denn bestimmte Leistungen für Unfälle müssen in jedem Fall gezahlt werden – wenn nicht von der Berufsgenossenschaft, dann von der Kranken- oder Alterskasse, so dass Kosten nur verschoben werden.

Insgesamt sollten die Vorteile der LUV nicht leichtfertig für eine vermeintlich günstigere private Unfallversicherung geopfert werden. Ute Hörcher

US-Farmer bauen Gentech ab

Die US-Farmer werden in diesem Jahr voraussichtlich einen geringeren Anteil gentechnisch veränderter Sorten aussäen als im Vorjahr. Nach Angaben des US-Landwirtschaftsministeriums sinkt der Anteil bei Soja von 57 auf 52 %, bei Mais von 33 auf 25 % und bei Baumwolle von 55 auf 48 %. Beim GV-Mais werden nur noch 4 % herbizidresistente Sorten angebaut, 19 % züchtl. resistente Sorten und 2 % Sorten mit einer Resistenz gegen Insektizide und auch Herbizide. In Umfragen gaben die Farmer vor allem die Sorge um den fehlenden Absatz gentechnisch veränderter Produkte als Grund an: „Da mehr und mehr Länder GV-Pflanzen und deren Erzeugnisse zurückweisen, ist es an der Zeit, dass die US-Großexporteure diese Kundenwünsche auch berücksichtigen und nicht die Wünsche der Saatgutunternehmen“, meinte der Geschäftsführer der American Corn Growers Association. en

Tag der Regionen am 1. Oktober

Die Vorbereitungen für den diesjährigen „Tag der Regionen“ sind schon wieder in vollem Gange. Die Aktionsbündnisse in Bayern und Nordrhein-Westfalen haben den Tag auf den Erntedank-Tag 1. Oktober 2000 festgelegt. Mit verschiedenen unterhaltensreichen Aktionen an möglichst vielen Orten Bayerns und Nordrhein-Westfalens soll auf die Stärken der regionalen Vernetzung und die Vorteile

überschaubarer Wirtschaftskreisläufe aufmerksam gemacht werden. Das Leitbild wird vom bayerischen Aktionsbündnis kurz und knapp formuliert: „Waren in der Region nutzen, in der sie hergestellt werden, um die Betriebe und Strukturen vor Ort zu stärken und umweltbelastende Transporte zu vermeiden“. In den beiden landesweiten Bündnissen haben sich zahlreiche Verbände zusammengeschlossen (in Bayern derzeit 22 landesweite Organisationen), mit dabei ist auch die AbL. Zur Vorbereitung des Tags der Regionen wird es in Bayern am 19. Mai eine Pressefahrt im Coburger Land geben; Kontakt: Jasmin Berger (AbL), ☎ 09565-6838, Kontakt in NRW: Aktionsbündnis Tag der Regionen, Steinernes Haus, 54434 Borgentreich, ☎ 05643-948537



AbL AK Regionalentwicklung

Dem Thema Regionalentwicklung hat sich auch eine Arbeitsgruppe angenommen, die sich auf der Zukunftskonferenz der AbL zusammengefunden hat. Zunächst sollen Informationen ausgetauscht und die regionalen Aktivitäten vernetzt werden. Ansprechpartner für alle Interessanten: Horst Brauckmann, Kattenhol 18, 59494 Soest, ☎ 02921-13981 (p.), 05641-906101 (d.), und: Siegfried Jäckle, Uhlbachweg 5, 78112 St. Georgen, ☎ 07724-7992 (p.), 0771-808282 (d.).

AbL AK Internationales

Der auf der Zukunftskonferenz der AbL ins Leben gerufene Arbeitskreis Internationale Beziehungen hat auf seiner ersten Sitzung seine Arbeit aufgenommen. Hauptaufgabe des AK wird zunächst die Koordination der vielen Einzelaktivitäten sein: die Mitarbeit in der CPE (Europäische Bauernkoordination), die Unterstützung der Kampagnen der weltweit tätigen Bauern- und Landarbeiterorganisation La Via Campesina und der Menschenrechtsorganisation FIAN sowie die Arbeit zur Osterweiterung der EU bzw. Osteuropa. Kontakt: Christoph Gesang, c/o Verein Sozialökologie, Donandstr. 4, 28209 Bremen, ☎ 0421-3499077, E-Mail: sozialoekologie@aol.com

Bauernbewegung „für menschliches Maß“

Die niederländische Sozialistische Partei (SP) spielt laut Infodienst Agrar-Holland mit dem Gedanken, eine eigene Bauernorganisation zu schaffen. Sie ist gedacht für Bauern, die nach dem „menschlichen Maß“ streben und erkannt haben, dass ein immer größeres Agribusiness eine Sackgasse ist. Die Agrarpolitik führt laut SP zu unerwünschten Mega-Betrieben, die Umwelt und ländlichen Raum belasten. Ein SP-Sprecher kritisierte auch die Banken und Landwirtschaftsverbände, die diese Entwicklung förderten – die holländische Rabobank sei mittlerweile „der größte Viehhalter der Niederlande“. Eine wachsende Zahl von Bauern sei diese Entwicklung leid, eine neue Bauernorganisation solle für eine kleinere Landwirtschaft in einem umweltverträglichen und menschenwürdigen Rahmen eintreten. Als Name für die eventuelle Organisation denkt die SP an „Bauernbewegung für ein menschliches Maß“. en

KURZES AM RANDE



Vor dem Misthaufen in München informierten Gerorg Janßen (AbL, l.) und Benny Herlin (Greenpeace) die Presse. Foto: Böck

Protest vor dem Patentamt

Patentierung von Pflanzen raubt Landwirten Entscheidungsfreiheit.

Auch DBV stimmt mit ein

Gegen die schleichende, aber folgenreiche Erteilung von Patenten auf Pflanzen haben am 11. April Greenpeace und AbL vor dem Europäische Patentamt in München protestiert. Mit einem Fuder Mist haben sich die rund 20 Greenpeace-Aktivistinnen und 25 AbL-Bauern und Bäuerinnen vor dem Eingang des Europäischen Patentamtes (EPA) positioniert, bevor im Gebäude über Einsprüche gegen ein Patent der Firma Monsanto auf gentechnisch veränderte Pflanzen verhandelt wurde.

„Wenn Patente wie dieses zugelassen werden, können die Landwirte einpacken, dann gehört den Konzernen alles, vom Saatgut bis zum Lebensmittel“, warnte AbL-Bundesgeschäftsführer Georg Janßen in München. „Soweit darf es nicht kommen. Der Bauer muss selbst bestimmen können, was auf seinem Acker und mit der Ernte passiert, nicht irgendein Patentinhaber.“

Gegen die Erteilung des Patents auf Pflanzen, die gegen das Monsanto-Herbizid Roundup resistent gemacht wurden, hatte neben Greenpeace auch die Firma Zeneca Einspruch eingelegt. Das EPA hat jedoch nur Zenecas Einspruch teilweise akzeptiert. Zeneca hatte angezweifelt, dass Monsanto die erfinderische Leistung der gentechnischen Veränderung für sich beanspruchen kann. Diesem Einwand ist das EPA in Teilen gefolgt und hat den Umfang des Monsanto-Patents eingeschränkt. Eine ausführliche Erläuterung der EPA-Entscheidungen ist jedoch erst in einigen Wochen zu erwarten.

Nächster Schritt

Erst dann kann gegen die Entscheidung wiederum Beschwerde eingelegt werden, was Greenpeace bereits angekündigt hat. Denn Greenpeace hält an der Rechtsauffassung fest, dass das Europäische Patent-

abkommen die Patentierung von Pflanzen nicht zulässt. Eine rechtliche Grauzone sei allerdings durch die EU-Biotechnikrichtlinie entstanden. Diese Grauzone nutze das Europäische Patentamt, um mit der Erteilung von Patenten auf Pflanzen eigenmächtig eine neue Rechtsauffassung in Europa zu etablieren. Hier müsse nun der Gesetzgeber eingreifen.

Wie die Greenpeace-Sprecherin Imke Ide in München erläuterte, habe Monsanto in den USA den Patentschutz auf die Sojabohne „Roundup Ready“ bereits durchgesetzt. Dort müssten die Farmer beim Kauf des Saatguts Monsanto den freien Zugang zu ihren Feldern zusichern und sich verpflichten, das Totalherbizid „Roundup“ einzusetzen, und sie dürften mit dem Erntegut keinen Nachbau betreiben. „Um die Verträge zu kontrollieren, ruft Monsanto in Anzeigen und Radiospots zur Denunziation der Nachbar auf und heuert sogar Privatdetektive an“, schilderte Ide die Situation in den USA.

Auch DBV gegen Patent

Die Entscheidung des Europäischen Patentamtes ist auch vom Deutschen Bauernverband (DBV) scharf kritisiert worden. Er lehne das Patent „stickt ab“, wie es in einer Pressemeldung heißt. Danach erklärte DBV-Präsident Gerd Sonnleitner: „Dieses Patent ist mit Wortlaut und Sinn der EU-Biopatent-Richtlinie nicht zu vereinbaren.“ Das Verbot der Patentierung von Pflanzensorten und Tierrassen in der Richtlinie sei ohne Abstriche durchzusetzen. Mögliche Unklarheiten der EU-Richtlinie müssten auf EU-Ebene umgehend ausgeschlossen werden. Sonnleitner schloss sich der Forderung von Greenpeace und AbL an die Bundesregierung an, schnellstmöglich in diesem Sinne aktiv zu werden. uj

Widerstand ist Ehrensache

Neues rund um die Auseinandersetzungen in Sachen Nachbaugebühren

Trotz Frühjahrsbestellung kamen Mitte April rund 50 Bäuerinnen und Bauern zur erneuten Verhandlung um die Nachbauskunftplicht vor dem Landgericht in München. Noch unentschieden ist für das Gericht, ob die Auskunftsspflicht bezüglich EU- und national geschützter Sorten unterschiedlich zu beurteilen ist, so wie es das Landgericht in Braunschweig getan hat. Außerdem ziehen die Münchener Richter in Zweifel (ähnlich den Richtern am Landgericht Düsseldorf), ob die Saatgut-Treuhand-Verwaltungs GmbH (STV) überhaupt für alle von ihr genannten Sortenschutzinhaber vertretungsberechtigt ist. Die Urteilsverkündung ist auf den 12. Juli terminiert. In Trier verurteilte das dortige Landgericht überraschend die angekündigte Urteilsverkündung auf September, womöglich braucht das Gericht noch eine längere Bedenkzeit.

Bewegter DBV

Auch der Bauernverband braucht wohl noch etwas Zeit, beginnt sich aber zu bewegen. So sollen nun Musterprozesse gegen die Nachbaugebührenehöhe von 80% der Z-Lizenz bei einer Veranlagung nach dem gesetzlichen Verfahren unterstützt werden. Außerdem wird Kritik an der Vorgehensweise der STV geübt, einerseits, dass sie trotz bundesweit unterschiedlich hohen Preisen für Z-Saatgut einheitliche Lizenz- und damit auch Nachbaugebührenehöhen veranschlagt

und andererseits, dass sie Kontrollkosten für Vor-Ort-Prüfungen auf Bauernhöfen erheben will (siehe auch den Brief auf dieser Seite). Von einer Unterstützung der mittlerweile 500 Mitglieder zählenden Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugebühren und Nachbaugesetze ist der DBV allerdings immer noch weit entfernt, wenn auch DBV-Präsident Gerd Sonneleitner sich am 9. Mai mit einer Abordnung der IG Nachbau treffen will.

Handlungsbedarf

Das Gespräch wird die IG demnächst auch mit VertreterInnen aller politischen Parteien aufnehmen. Bisher hatten sich die für die Gesetze Verantwortlichen mit Reaktionen auf die gerichtlichen Auseinandersetzungen zurückgehalten, lediglich die hessische FDP war an die Bundespartei mit der Bitte zu handeln herangetreten. Keinen Handlungsbedarf konstatierte jüngst Staatssekretär im BML, Dr. Martin Wille in einem Brief an die IG Nachbau. Unterstützung für ihre Forderung, die Nachbaugesetze neu zu verhandeln, findet die IG hingegen beim Deutschen Bauernbund, dem Dachverband privater Bauernverbände Ostdeutschlands. Dessen Empfehlung an die MitgliederInnen lautet: nur Auskunft zu EU-Sorten machen, sich gesetzlich veranlassen lassen und dann Widerspruch gegen die Gebührenehöhe von 80% der Z-Lizenz einlegen.

Auch auf internationaler Ebene bleibt die IG Nachbau aktiv: Auf einem Treffen der

Europäischen Widerstandsgruppen wurde deutlich, dass sich in Deutschland die Situation am stärksten zugespitzt hat, nirgendwo sonst kam es bislang zu gerichtlichen Auseinandersetzungen. In den Nachbarländern stehen Bauern- und Züchterorganisationen meist noch in Verhandlungen über die Ausgestaltung der Zahlungsmodalitäten. Allerdings ist



die Bereitschaft, Nachbaugebühren gänzlich zu verweigern, unter den Bäuerinnen und Bauern vielfach relativ hoch. Zum Schluss noch eine Meldung aus Niedersachsen. Auch im Landkreis Verden wurden unlängst die Getreideaufbereiter aufgefordert gegenüber der STV Angaben über ihre Kunden zu machen. Einer teilte darauf hin der STV schriftlich mit, er könne dieser Aufforderung leider nicht nachkommen, denn er habe den Bäuerinnen und Bauern sein EHRENWORT gegeben. cs

Am 12. Juli verkündet das Landgericht München sein Urteil in einem Rechtsstreit der Saatgut-Treuhand gegen einen Landwirt. Zu den beiden Verhandlungstagen reisten jeweils rund 50 Bauern und Bäuerinnen an, um ihre Solidarität mit dem beklagten Landwirt zu demonstrieren, der der Saatgut-Treuhand keine Auskunft über seinen Ackerbau gegeben hat. Foto: Berger

Ängstliche Wochenblätter

Die Wochenblätter, die vom DBV (mit) herausgegeben werden, berichten über die Auseinandersetzungen um die Nachbaugebühren bisher nur zaghaft und einseitig. Das Westfälisch-Lippische Wochenblatt berichtet nur am Rande, wengleich sichtbar wird, wie stark im Verband gestritten wird. Der WLV-Präsident wird damit zitiert, dass „die von einigen WLV-Vorstandsmitgliedern geforderte Kündigung des Kooperationsabkommens mit Vorsicht bewertet werden“ müsse. Auffällig wird die Ängstlichkeit der Blätter auch am Umgang mit Leserbriefen von Adi Lambke, Sprecher der Interessengemeinschaft gegen die Nachbauregelung. Ihm werden jedesmal die Stellen gestrichen, die deutlich machen, dass der Verband in seinen Äußerungen unzutreffende Rechtsauffassungen verbreitet, etwa dass das Landgericht Braunschweig die Landwirte sehr wohl generell zur Auskunft verpflichtet sehe.

„Umgang hat sich verschlechtert“

DBV-Präsident Gerd Sonneleitner hatte nach dem Urteil des Landgerichts Braunschweig vom 16. Februar 2000 zur Auskunftsspflicht dem Bundesverband Deutscher Pflanzzüchter (BDP) vorgeschlagen, die Datenerhebung durch die Saatgut-Treuhand-Verwaltungs GmbH (STV) bis zur abschließenden gerichtlichen Klärung der Auskunftsspflicht auszusetzen. Diesen Vorschlag haben die Züchter in einem Brief an Sonneleitner zurückgewiesen. Hier nun Auszüge aus dem Brief, den dann wiederum Sonneleitner an den BDP-Vorsitzenden Kartz von Kameke geschrieben hat:

„...für Ihre schnelle Antwort bedanke ich mich sehr, obgleich ich mir gewünscht hätte, dass Sie meinen Vorschlag für ein Moratorium hätten mittragen können. Nach dem Pressespektakel über das Braunschweiger Urteil wäre es nach meiner Einschätzung viel vernünftiger, eine Pause bei der Gebühreneintreibung einzu-

legen, als sogleich eine Vielzahl von Landwirten mit der Androhung gerichtlicher Schritte durch die Anwaltskanzlei der STV zu überziehen.

Auch ich vermag den von Ihnen vermissen „gemeinsamen Ansatz“ und das „geforderte Einvernehmen“ durch das Verhalten der STV nicht zu erkennen. Noch in der Beiratssitzung vom 11.01.2000 wurde (...) vereinbart, dass „für die Zukunft eine verstärkte Abstimmung herbeigeführt wird“, was bisher weder für das zitierte STV-Schreiben noch für die Informationen an den Landwirt zur Vorbereitung einer Prüfung erfolgt ist. Von betroffenen Landwirten hören wir jetzt, dass sich die STV die Stichprobenkontrolle bezahlen lassen möchte und die STV-Kanzlei den Kleinlandwirte-Nachweis generell einfordert – beide Ansinnen weisen ich mit Nachdruck zurück.

Weiterhin darf ich darauf hinweisen, dass noch in der Beiratssitzung am

11.01.2000 bezüglich des weiteren Vorgehens als wesentlich erachtet wurde, „dass die nächsten Gerichtsentscheidungen über die Auskunftsspflicht positiv ausfallen und positiv verbreitet werden“ [! – die Redaktion]. Für den beiderseitig erwünschten Erfolg des Kooperationsabkommens wäre es sachdienlich, im „gesetzlichen Verfahren“ zunächst einmal bundesweit die obergerichtliche Klärung abzuwarten (...). Der DBV steht trotz heftiger Kritik von Landwirten (...) zum Kooperationsabkommen, weil es anders als eine starre Gebühr der Landwirtschaft insgesamt eine betriebliche Perspektive eröffnet. Der Umgang miteinander hat sich jedoch wesentlich verschlechtert, seit sich die Verfahrensabwicklung durch die STV immer mehr verselbstständig hat und über die ursprüngliche Zielsetzung hinausgeht. (...)

Gerd Sonneleitner

Wien entschädigt landwirtschaftliche Zwangsarbeiter

Anders als in Deutschland sollen in Österreich auch ehemalige Zwangsarbeiter in der Landwirtschaft entschädigt werden. Wie der Regierungsbeauftragte Schaumayer mitteilte, hätten die etwa 70.000 Betroffenen häufig abwechselnd in Industrie und Landwirtschaft Zwangsarbeit leisten müssen. Über die Höhe der Zahlungen, die von Industrie und Regierung geleistet werden, wollte der Beauftragte laut FAZ keine Angaben machen, um keine falschen Hoffnungen zu wecken. en

Niedersachsen fördert Teilumstellung

Das Land Niedersachsen fördert seit Anfang März als erstes Bundesland auch die Umstellung von Teilen landwirtschaftlicher Betriebe auf ökologischen Landbau, wenn die entsprechenden Flächen in Wasserschutzgebieten liegen. Wie der Oldenburgisch-Ostfriesische Wasserverband (OOWV) mitteilt, werden für die Umstellung der Flächen in den ersten beiden Jahren 300 DM/ha und danach drei Jahre lang 240 DM/ha gezahlt. Wenn der Nutztierbesatz eine Großvieheinheit pro Hektar nicht übersteige, könnten für die Flächen zusätzlich 260 DM/ha beantragt werden. pm

Ein ganzer Kerl

Wie dpa meldet, hat Kanzler Schröder kürzlich für sein Abendessen mit dem englischen Premierminister Blair ausdrücklich „bestes britisches Rindfleisch“ verlangt. en

Zitate

„Vor allem die gut geführten, gewinnstarken Betriebe, das obere Drittel der Landwirtschaft, werden weniger Steuern zahlen.“
Agrarminister Karl-Heinz Funke zu den Ergebnissen der Steuerreform

„Die eigentlichen Gewinner der Agenda 2000 sind große Mäster auf Grünlandstandorten, aber die gibt es in Baden-Württemberg kaum.“
Dr. Volker Segger, Landesanstalt für Entwicklung der Landwirtschaft und der ländlichen Räume

„Ich streite für eine Landwirtschaft, in der man Tiere nicht quält, das Land nicht platt macht und die Bauern ihr Auskommen haben.“
Prof. Dr. Hartmut Vogtmann, neuer Präsident des Bundesamtes für Naturschutz

„Es gibt in der Landwirtschaft drei Arten von Betriebsleitern. Die ersten seien wie Ameisen: Sie arbeiten unaufhörlich, kommen nie aus dem Betrieb heraus, und dem Elefanten käme ihre Leistung dennoch lächerlich vor. Die zweiten sind wie Enten, unaufhörlich am quaken und haben alles ja gleich gewusst. Die dritten aber sind wie Adler: Sie bleiben nicht auf der Scholle, sondern beobachten von oben, um im rechten Moment zuzustoßen.“
Unternehmensberater Clemens Große Macke beim Junglandwirttag in Harsefeld/Stade

„Großfusionen scheitern zu 40 Prozent. Die Chancen, dass Fusionen erfolgreich sind und Gewinnsteigerungen nach sich ziehen, sind kaum besser als bei einem Münzwurf.“
Handelsblatt zu einer Studie des Kieler Weltwirtschaftsinstituts

„Wir haben ein Patent auf Terminator-Saatgut, mit dem man toll Bauern ausplündern kann. Die Ernte aus unseren genmanipulierten Samen ist unfruchtbar. Unsere Kunden können also kein Saatgut mehr ziehen, sondern müssen jedes Jahr wieder bei uns kaufen. Das bringt Bauern in Abhängigkeit, die Artenvielfalt in Gefahr und uns das dicke Geld.“
Persiflage im Greenpeace-Magazin auf eine „Aventis“-Anzeige

KURZES AM RANDE

EU-Agrarminister einig über Rindfleischetikettierung

Die EU-Minister wollen Nachweis von Geburt bis zur Theke ab 2002. Funke kündigt das für Deutschland schon ab September diesen Jahres an.

Die Agrarminister der 15 EU-Länder haben sich am 17. April darauf geeinigt, dass ab dem 1. September 2002 in der EU angebotenes Rindfleisch so gekennzeichnet werden muss, dass aus den Angaben auf dem Etikett erkennbar wird, wo das entsprechende Tier geboren, gemästet, geschlachtet und zerlegt worden ist. Bis es soweit ist, soll ab September diesen Jahres EU-weit die Angabe ausreichen, wo das Tier geschlachtet und zerlegt worden ist. Diese Kennzeichnungspflicht soll für Hackfleisch nach dem Willen der Minister erst ein Jahr später, also am 1.9.2001 einsetzen.

Die Minister weichen mit ihren Entscheidungen von dem ab, was die EU-Kommission vorgeschlagen hatte. Sie wollen die Kennzeichnung von der Geburt bis zur Theke erst ab September 2003 zur Pflicht zu machen.

Doch formell beschlossen ist das alles noch nicht. Zunächst wird der Ministerrat noch mit dem Europäischen Parlament verhandeln, das vor dem Ministertreffen eine noch weitergehende und vor allem früher einsetzende Kennzeichnung gefordert hatte. Die gewählten Europaabgeordneten wollen die Angaben über das Geburts- und Aufzuchtland nicht erst in zwei Jahren, sondern schon ab 1.9.2001 auf den Etiketten sehen. Und für Hackfleisch sollen die gleichen Regelungen gelten, denn die Ausnahmen von der Kennzeichnungspflicht für Hackfleisch seien mit den Zielen der Volksgesundheit nicht vereinbar.

Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf, AbL-Vorsitzender und Vorsitzender des

Agrarausschusses im Europaparlament, hat die Beschlüsse der Minister als Zugeschrieben auf das Parlament gewertet. Inzwischen sei auch den Agrarministern klar, dass sich die Kennzeichnung von Rindfleisch nicht bis zum St. Nimmerleinstag verschieben lasse. „Die Annäherung des Rates an die Position des Parlaments wäre ohne den Druck der Volksvertreter nicht denkbar“, so Graefe zu Baringdorf. „Seit 1996 haben die Mitgliedstaaten es geschafft, eine verpflichtende Kennzeichnung zu verhindern, obwohl die Dringlichkeit dieser Maßnahme seit der BSE-Krise klar gewesen sei.“ Die Klage des Europäischen Parlaments gegen eine weitere Verschiebung um drei Jahre brachte nun Bewegung ins Spiel. Das laufende Mitentscheidungsverfahren zwingt den Rat zu Kompromissbereitschaft. Das Beispiel zeige einmal mehr, wie wichtig das Mitentscheidungsverfahren für die Erzielung konsumentenfreundlicher Entscheidungen ist, merkte Graefe zu Baringdorf an. Bei diesen Verfahren wird das Parlament nicht nur gehört, sondern als mitentscheidende Kraft einbezogen.

In Deutschland vorher

Im Vorfeld des EU-Ministertreffens hat Bundeslandwirtschaftsminister Karl-Heinz Funke einen deutschen Alleingang angekündigt. Hier werde die Kennzeichnungspflicht schon im September diesen Jahres bindend eingeführt. Ausgenommen ist davon Hackfleisch. Hier „ermunterte“ Funke die Fleischwirtschaft, freiwillig die gleiche Kennzeichnung einzuführen wie beim übrigen Rindfleisch. uj



Mit der Rindfleischetikettierung sollen die VerbraucherInnen mehr Sicherheit bekommen.
Foto: Hasemeier-Reimer

„Weicheier im linken Flügel“

Provozierende Kampagne des Tierschutzbündnisses gegen Entwurf der Bundesregierung zur Hennenhaltungsverordnung

Während die Bundesregierung derzeit an einer neuen Legehennenhaltungsverordnung arbeitet, haben in Berlin die im „Bündnis Tierschutz“ zusammengeschlossenen drei großen Tierschutzverbände ihre gemeinsame Kampagne gegen das Vorhaben der Bundesregierung gestartet, die Käfighaltung von Legehennen weiterhin zuzulassen. Unter dem Motto „Die Weicheier im linken Flügel“ protestieren der Deutsche Tierschutzbund e.V., der Bundesverband Tierschutz e.V. und der Bund gegen Mißbrauch der Tiere e.V. für ein Verbot der Käfighaltung von Legehennen. „Die Weicheier im linken Flügel müssen Farbe bekennen, welches Ei sie legen wollen“, erklärten die Vorsitzenden der Verbände Wolfgang Apel, Dr. Heinz-Wilhelm Selzer und Jutta Breitwieser in Berlin. Das Bundeslandwirtschaftsministerium müsse die bisherigen Verordnungsentwürfe zurückziehen.

Funke und Schröder

Mit ihrer Kampagne gehen die Verbände sowohl Bundeskanzler Gerhard Schröder als auch Landwirtschaftsminister Karl-Heinz Funke direkt an. Auf Großflächenplakaten soll bundesweit zu lesen sein: „Bravo, Herr Schröder für das lächerliche Verhandlungsergebnis“, „Kein Funke Gewissen“ und „Zum Gackern, Schröder kommt nur auf wenige Zentimeter“. Kritisiert wird, dass die Regierung mit ihrem bisherigen Entwurf zur neuen Hennenhaltungsverordnung die Käfighaltung weiterhin erlauben und die Mindestfläche pro Huhn in den Käfigen lediglich um die Größe einer Postkarte vergrößern wolle. Der Verordnungsentwurf sehe lediglich vor, die EU-Richtlinie in nationales Recht umzusetzen. Dabei habe im Juli 1999 das Bundesverfassungsgericht in einem Urteil die derzeitige Käfighaltung von Legehennen verboten, wodurch in der Öffentlichkeit der Eindruck entstanden sei, dass die Hühner nun artgerecht gehalten werden müssten.

Grüne Reaktion

Die agrar- und verbraucherpolitische Sprecherin der Grünen Bundestagsfraktion, Ulrike Höfken, bedauerte in einer Pressemitteilung die „unangemessene Schärfe“ der Kampagne, wenngleich sie die Anliegen der Tierschutzverbände unterstütze, die tierquälerischen Haltungsbedingungen der Legehennen zu verbessern. „Auch wir setzen uns seit Jahren für die Abschaffung der tierquälerischen Käfighaltung ein. Im Rahmen der Normenkontrollklage des Landes Nordrhein-Westfalen hat das Karlsruher Verfas-

sungsgericht vom 6. Juli 1999 unsere Politik bestätigt“, so Höfken. Der von Minister Funke vorgelegte Referentenentwurf zur Legehennenhaltungsverordnung befinde sich noch im Diskussionsstadium, wobei es in Bezug auf die Käfigfläche, die Übergangszeiten, die Scharr- und Pickmöglichkeiten sowie eine getrennte Eiablage noch zu Verbesserungen kommen müsse. Dafür setzten sich, so Höfken, auch die Bundesländer Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen ein, die bereits angekündigt hätten, dem Bundesrat einen eigenen Verordnungsentwurf vorzulegen. Zum Vorgehen der Tierschutzverbände schreibt Höfken: „Wir bedauern, dass die Auseinandersetzung um diese Verbesserungen mit der Kampagne des Deutschen Tierschutzbundes nun eine unangemessene Schärfe ge-

wonnen hat.“ Das Bundesministerium diskutiere zur Zeit mit gesellschaftlichen Gruppen, den Bundesländern und dem Parlament über die Hennenhaltungsverordnung. Erst wenn hier Ergebnisse vorlägen, werde die Verordnung endgültig formuliert.

Funkes Reaktion

Auch Minister Funke hat auf die Kampagne reagiert und die Vorwürfe als völlig ungerechtfertigt und schädlich zurückgewiesen. Er wandte sich gegen einen nationalen Alleingang in den Hennenhaltungsvorschriften und kritisierte die Tierschutzverbände, nicht genügend getan zu haben, um die Bevölkerung und Regierungen in den anderen EU-Ländern für den Tierschutz so stark zu sensibilisieren wie in Deutschland. uj



Auftaktaktion des Tierschutzbündnisses vor dem Bundestag in Berlin

Union verhindert GG-Änderung

Aufnahme des Tierschutzgedankens ins Grundgesetz gescheitert

Ein von den Fraktionen der Regierungskoalition SPD und Grüne gemeinsam mit der FDP-Fraktion in den Bundestag eingebrachter Antrag zur Aufnahme des Tierschutzes als Staatsziel ins Grundgesetz hat die nötige Zweidrittelmehrheit nicht erreicht. Die CDU/CSU-Fraktion hatte im Vorhinein in dieser Entscheidung Fraktionszwang verordnet, dem die Abgeordneten auch gefolgt sind. Der Antrag von SPD, Grünen und FDP hatte zum Inhalt, den Artikel 20 a des Grundgesetzes mit der gegenwärtigen Formulierung „Der Staat schützt auch in Verantwortung für die künftigen Generationen die Lebensgrundlagen“ um die Worte „und die Tiere“ zu ergänzen. Damit hätte der Tierschutz Verfassungsrang er-

halten und ein höheres Gewicht bei der Abwägung mit anderen verfassungsrechtlich geschützten Gütern und Werten (z.B. Eigentum) erreicht. Landwirtschaftsminister Karl-Heinz Funke (SPD) warb in seiner Bundestagsrede für die Grundgesetzänderung: „Wir setzen damit ein politisches Signal für den Tierschutz.“ Der agrarpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Heinrich-Wilhelm Ronsöhr, warnte indes „vor nicht erfüllbaren Forderungen“, die mit der Gesetzesänderung verbunden wären. Der Sprecher der FDP, Ulrich Heinrich, sprach dagegen von einem für alle Seiten tragfähigen Kompromiss, der für Forschung, Wissenschaft und Landwirtschaft akzeptabel gewesen wäre. pm

Aus für Neubukow

Die geplante Legehennen-Anlage im mecklenburgischen Neubukow mit 800.000 Käfigplätzen und einer angestrebten Produktion von 200 Millionen Eiern pro Jahr wird nicht gebaut. Wer als Investor hinter der Firma „Mecklenburger Frischei GmbH“ stand, wurde offiziell nie bekannt, doch deuteten alle Informationen auf den Süddoldeburger Agrarindustriellen Paul Schockemöhle hin (die Bauernstimme berichtete). Gegen die tierquälerische Agrarfabrik hatte es Klagen und massive Proteste aus dem Bereich von Tier- und Umweltschützern und bäuerlichen Organisationen gegeben. Jetzt mussten die Investoren vor dem Verwaltungsgericht Schwerin in einem Vergleich auf die 1997 erteilte Bau- und Betriebsgenehmigung verzichten. en

Pohlmann in Ungarn?

Der in Deutschland unter anderem wegen Verstößen gegen das Tierschutzgesetz mit Berufsverbot belegte „Hühnerbaron“ Anton Pohlmann will nach einem Bericht des ungarischen Senders RTL nun in Ungarn neue Hühnerfarmen für 7 Millionen Hennen bauen. Pohlmann hatte zuvor vergeblich versucht, Produktionsstätten in Polen und Tschechien zu errichten. Der ungarische Sender wies darauf hin, dass Pohlmann in Ungarn eine marktbeherrschende Stellung bekäme und dass unklar sei, was mit den jährlich anfallenden 150.000 Tonnen Hühnermist geschehen solle. en

STÄRKE DER BAUERN



Die IGM ist treibende Kraft für den Mindestauszahlungspreis für Milch

Holländer kündigen fallende Preise an

Die beiden großen niederländischen Molkereien Friesland Coberco und Campina Melkunie haben bei ihren Bilanzpressekonferenzen fallende Milchauszahlungspreise für die Landwirte angekündigt. Wie der Interdient Agriholland meldet, sei das auch damit begründet worden, dass die Produktion in Ostdeutschland und in den osteuropäischen Beitrittsländern für ein wachsendes Milchangebot Sorge. pm

„Negativsaldierung“ gefordert

Milchviehbetriebe, die ihre Quote in einem Wirtschaftsjahr nicht ausschöpfen, sollen diese Unterlieferung für das nächste Jahr gutgeschrieben bekommen. Eine solche Ergänzung der neuen Milchquotenregelung hat der Bundesverband Deutscher Milchviehhalter gefordert. Durch den Wegfall des Quotenleasings sei die Möglichkeit der einzelbetrieblichen Anpassung der Quote an die tatsächlich erzeugte Milchmenge sehr erschwert. Auf die natürlichen Produktionsschwankungen könne im Rahmen der neuen Regelung kaum mehr reagiert werden. Besonders Betriebe, die Quote teuer gekauft haben, würden nun eher zuviel Milch erzeugen als dass sie ihre Quote ungenutzt ließen. Das wiederum könne zu „empfindlichen Störungen des gesamten Milchmarktes“ führen, so der Bundesverband. Um dem entgegenzuwirken, sollte den Betrieben die Möglichkeit gegeben werden, Unterlieferungen eines Jahres ins nächste zu übertragen und dann zu nutzen. Der Verband schlägt dabei eine Höchstgrenze dieser von ihm als „Negativsaldierung“ bezeichneten Verrechnung von 8 % der einzelbetrieblichen Quote vor. pm

Neuer Verband britischer Milcherzeuger

Um den Zusammenhalt unter den Milcherzeugern zu verbessern und den Verfall der Milchpreise zu stoppen, hat sich in Großbritannien ein neuer Verband der Milcherzeuger mit dem Kürzel FMP gegründet. Wie Farmers Weekly berichtet, will FMP die Zahl der Milcherfasser verringern und in größere genossenschaftlich organisierte Einheiten überführt wissen, denn es herrsche ein Ungleichgewicht zwischen Molkereibranche und Milcherfassern. Die sieben größten Molkereien kaufen demnach 80 % der gesamten britischen Milch von über 100 Erfassern. Die Mitglieder des neuen Verbandes sollen mit einer einmaligen Zahlung von einem Pfund je Kuh den Aufbau des Verbandes unterstützen. pm

Schönegger Käseerei entdeckt Molke

Ein umfangreiches Produktsortiment aus Molke hat die Schönegger Käse-alm GmbH entwickelt und geht damit nun offensiv in den Frühling. Die Molke, die bei der Käse- und Quarkherstellung anfällt, ist für die meisten Molkereien lediglich ein Abfallprodukt. Die Schönegger Käse-alm hat daraus nun erfrischende Molkedrinks in 10 verschiedenen Geschmacksrichtungen sowie eine Serie von Hautpflegemitteln entwickelt, mit denen sie neue Absatzmärkte erschließen will. pm

Fledermäuse brauchen Kühe

Marburger Wissenschaftler haben entdeckt, dass die gefährdeten Fransenfledermäuse nicht nur in Wäldern, sondern auch in Kuhställen heimisch sind. Angelockt werden sie durch die dort vorkommenden Fliegen und Mistkäfer. Bekannt war bisher schon, dass die ebenfalls seltene Breitflügelfledermaus über Kuh- und Rinderweiden nach Dungkäfern sucht. en

KURZES AM RANDE

Milchbauern planen Mindestpreis

„Mindestauszahlungspreis für Milch“ von bayerischen Milchbauern in die Diskussion gebracht

Das Prinzip ist einfach: Die Milchbauern und -bäuerinnen überlassen es nicht mehr den Molkereien und der Politik, wieviel sie für ihren Liter Milch bekommen, sondern sie setzen jedes Jahr neu selbst einen Mindestpreis fest. Unterschreitet eine Molkerei diesen Auszahlungspreis, so stellen die Bauern die Milchlieferung ein. Das Prinzip „Mindestauszahlungspreis für Milch“ wird derzeit vor allem von bayerischen Milchbauern diskutiert, an seiner mittelfristigen Einführung wird gearbeitet.

Vorgeprescht ist mit diesem Vorschlag die Interessengemeinschaft Milchviehhalter Oberbayern (IGM). Aus Sicht der Oberbayern gibt es zwei Hauptursachen für die über Jahre niedrigen Milchpreise: Die EU-Agrarpolitik, die mit ihren Instrumenten der Marktordnung wie Quotenregelung (Überangebot), Exporterstattungen und Interventionspreisen das Ziel verfolge, die Verbraucherpreise niedrig zu halten. Und zweitens das Verhalten vieler Molkereien gegenüber dem konzentrierten abnehmenden Lebensmittelhandel: Molkereien ließen sich vom Handel gegenseitig ausspielen und kauften sich auf Kosten des Milchpreises bei den Handelsketten ein.

Ausweg aus Preistief

Unter diesen Vorzeichen helfe es den Bauern nicht zu glauben, mit „noch größer, noch fleißiger oder noch besser im Konkurrenzkampf mit unseren Kollegen überleben zu können“, so die Oberbayern in einem Papier.

Den einzigen Ausweg sieht die IGM darin, dass die Milchbauern gemeinsam und in Einigkeit selbst die Initiative ergreifen. Eine überregionale Organisation – die Oberbayern denken an ein bundesweites Milchkontor e.V. – solle jährlich einen Mindestauszahlungspreis für Kuhmilch festlegen. Dieser Mindestpreis soll den durchschnittlichen Auszahlungspreis der Molkereien auf Bundesebene sowie auch den Auszahlungspreis in den Nachbarstaaten berücksichtigen.

Die wohl größte Aufgabe, die mit der Einführung eines solchen möglichst bundesweiten Milchmindestpreises verbunden ist, liegt darin, unter den Erzeugern ein hohes Maß an Einigkeit und Entschlossenheit zu erreichen. Denn der Mindestpreis funktioniert nur, wenn sich auch genügend Bauern

daran halten und gegebenenfalls ihrer Molkerei keine Milch mehr anliefern, wenn sie mit ihrem Preis drunter her zieht. Deshalb: „Nur konsequente Einigkeit bei der Vermarktung deutschlandweit kann unsere Position stärken“, so die IGM.

An dieser Einigkeit arbeiten die Oberbayern zusammen mit dem Bundesverband Deutscher Milchviehhalter, in dem mehrere regionale Milcherzeugergruppen zusammengeschlossen sind. Wie der Vorsitzende des Bundesverbandes, Romuald Schaber, erklärt, soll die Idee des Mindestpreises zunächst vor allem in die bayerischen Milch-Erzeugergemeinschaften (MEG) und Genossenschaften getragen werden, um möglichst viele Verbündete unter den Bauern und Bäuerinnen zu finden.

Vorbild Italien

Das Instrument des Mindestpreises, so Schaber, sei kein unbekanntes. Es werde in den Nachbarländern Dänemark, Italien, Frankreich und Spanien bereits praktiziert. Der Bundesverband Deutscher Milchviehhalter hatte deshalb auf seiner Jahresversammlung den Italiener Dr. Nino Andena als Referent geladen, der bei den diesjährigen italienischen Verhandlungen über den Mindestmilchpreis einer der Verhandlungsführer auf landwirtschaftlicher Seite war. In Italien ist seit 1988 gesetzlich festgelegt, dass Erzeuger- und Molkereiverbände in Vereinbarungen einen Mindestpreis festlegen. Für das Milchwirtschaftsjahr 2000/2001 ist nun ein Mindestpreis von 649 Lire (65,6 Pf) pro Liter Milch (3,7 % Fett, 3,25 % Eiweiß) zuzüglich 10 % Mehrwertsteuer vereinbart worden. Allerdings kann dieser Preis „entsprechend der Marktlage“ für Milch- und Milchprodukte (Bezugspunkt ist ein festgelegter Warenkorb) vierteljährlich nach oben oder unten mittels eines Auf- oder Abschlages korrigiert werden.

Der Italiener Dr. Andena berichtete jedoch, dass die Verhandlungen mit der Molkereiseite immer wieder dadurch besonders erschwert würden, dass die Molkereivertreter auf die preisgünstigeren Milchimporte aus Deutschland verweisen könnten. Ihm sei es unverständlich, dass sich die Kollegen in Deutschland mit ihren niedrigeren Milchpreisen zufrieden gäben. Daran soll sich nun was ändern...

uj

Kontakt: Bundesverband Deutscher Milchviehhalter, Romuald Schaber, ☎ 08376-1422, Fax: 974219



Die meisten Menschen können sich auf ein verlängertes Wochenende freuen, genießen das sommerliche Frühlingwetter oder stehen im Ferienverkehr im Stau. Nicht so die fünf Bäuerinnen in Buchholz: Um 7.00 Uhr versammeln sich die ersten wie gewöhnlich in der gemeinsamen Wirtschaftsküche und beginnen den Tag etwas langsamer als sonst mit einem Becher Kaffee. Eine halbe Stunde später startet ein Traktor, und es geht auf den Acker, zu den Tieren oder ins Büro. Feiertage gibt es bei uns nicht, jeder

Frau ist es natürlich möglich, sich an einem Feiertag freizunehmen und dafür einen insgesamt 30 Urlaubstage im Jahr zu verbrauchen. Aber an diesem Tag juckt es allen in den Fingern. Im Dorf ist es still und wir haben eigentlich ein schlechtes Gewissen, mit dem Traktor Lärm zu machen. Ich sitze derweil im Büro, meine Arbeit sieht keiner. Während die anderen in den letzten Tagen den ersten Sonnenbrand bekamen, bin ich nach wie vor blass um die Nase, denn mein Arbeitsbereich sind die Abokisten. An mindestens zwei vollen Tagen in der Woche bin ich im Büro, die restliche Zeit verbringe ich mit dem Packen der Kisten in der Scheune, manchmal habe ich Zeit, BesucherInnen unseren Gemüseanbau zu zeigen. Mit praktischer Landwirtschaft hat mein Arbeitsplatz nicht mehr viel zu tun. Für mich ist es mittlerweile Erholungsurlaub, wenn ich mal Zeit habe, ein paar Stunden auf dem Gemüseecker mitzuhelfen! Mir macht

meine Arbeit momentan Spaß, aber ich kann mir nicht vorstellen, die Abokisten für die nächsten 10 Jahre zu machen: Es ist jede Woche derselbe Vorgang, keine Jahreszeit mehr, die Abwechslung in die Arbeiten bringt. Seit wir uns entschieden haben, uns von dem Leitsatz „alle können alles“ zu trennen und verantwortliche Frauen für die Betriebszweige Gemüsebau, Ackerbau, Schafhaltung, Marktverkauf und Abokisten zugeteilt haben, spezialisieren wir uns immer mehr in den einzelnen Bereichen. Das hat den Vorteil, dass sich alle intensiver auf ihren Bereich konzentrieren können, ihn optimal weiterentwickeln können und eine immer stärkere Identifikation möglich ist. Der Betriebszweig ist leichter zu überblicken und damit auch einfacher zu organisieren. Die Nachteile liegen auf der Hand: Der Gesamt(über)blick geht oftmals verloren. Die anderen Frauen wissen nicht mehr, was in den einzelnen Betriebs-

zweigen läuft, Vertretungen sind immer schwerer zu organisieren, weil zum einen das spezialisierte Wissen fehlt, zum anderen jede Frau in ihrem Bereich so sehr eingebunden ist, dass sie keine Reserven mehr für Vertretung hat. Konkurrenz um Arbeitszeit und Anerkennung entsteht. Arbeiten, die in keinen Arbeitsbereich hineingehören, bleiben liegen und die Bereitschaft, in den anderen Bereichen auszuhelfen, sinkt. Jede hat sich bestimmt schon mal darüber geärgert, dass da jemand weniger oder langsamer arbeitet. Wenn diese Verärgerung nicht einer Selbstzufriedenheit und einem tiefen Vertrauen in die anderen Gesellschafterinnen weicht, wird die Gemeinschaft auseinanderbrechen.

Ich arbeite im Großen und Ganzen alleine, kann meine Arbeitszeit selbst einteilen (was mich sehr erleichtert, weil ich mich vor niemandem rechtfertigen muss) und viele Entscheidungen selbstständig treffen. Ich bin froh, mich mit niemanden (außer mit meiner Packkollegin) absprechen zu müssen. Trotzdem arbeite ich mit anderen Frauen im Kollektiv, bin in Extremsituationen eben nicht allein und muss Entscheidungen ideeller Art natürlich im Plenum diskutieren (z.B. die Vermarktung von Fleischwaren über die Kisten). Ich finde, dass dies ein guter Mix ist aus Kollektiv und Spezialisierung und wünsche uns, dass wir auch in Zukunft auf diese Weise einen Betrieb zusammen führen können, in dem fünf Chefinnen gleichberechtigt das Sagen haben.

Katharina Diaz, 29 Jahre, Dipl.-Ing. agr.

Betriebsspiegel

Frauenkollektiv (GfR) mit 37 ha Pachtland, davon 7 ha Gemüseanbau mit etwa 40 Gemüsekulturen, 30 ha Ackerland mit Roggen, Weizen, Klee gras; 550 mm durchschnittlicher Niederschlag; 30 Bodenpunkte; 12 Milchschafe mit Nachzucht, 2 Harzer Rotviehinder; 5 Gesellschafterinnen + 2 Teilzeitanestellte; 100% Direktvermarktung über z.Zt. 230 Abokisten und 3 Märkte.

Mein Karfreitag

Irgendwie hat es sich so ergeben, dass ich in den letzten Jahren indirekt oder direkt an der Gründung von vier Vermarktungsinitiativen beteiligt war. Jedesmal wurde ein wirtschaftlicher Verein (w.V.) gegründet. Dabei wäre es mir sehr recht gewesen, wenn wenigstens einmal eine Genossenschaft dabei gewesen wäre. Zum einen ist es eine durchaus angesehene Rechtsform bei Geschäftspartnern (z.B. Banken), und zum anderen hätte man sich in die Geschichte der Selbsthilfeorganisationen hinein gestellt. Versuche, die in dieser Richtung unternommen wurden, endeten jedoch mit der Erkenntnis, dass heute in der Landwirtschaft kaum noch Genossenschaften gegründet werden, sondern Auflösungen, Übernahmen und Fusionen vom jeweiligen Genossenschaftsverband bevorzugt werden. Und wenn überhaupt eine konkrete Überlegung in Angriff genommen wird, muss zunächst mal ein Büro her, ein Geschäftsführer bestellt – kurz alles organisiert werden, was zu einem „ordentlichen Geschäftsbetrieb“ gehört. Der Lehrer oder Pastor aus den Gründerzeiten wäre heute dem Berater vom Genossenschaftsverband höchst suspekt. Vor etwa 20 Jahren gelang es uns noch, eine Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaft zu gründen. Der Vertreter des „Verbandes ländlicher Genossenschaften in Westfalen-Lippe“ war damals aber auch noch so etwas wie ein Urenkel von Raiffeisen. Heute wird eben eine GmbH oder ein wirtschaftlicher Verein gegründet –



Alle gegen Einen

manchmal auch in ausgefeilten Kombinationen mit einer KG oder AG. In Zeiten neuer Marktorientierung der Landwirtschaft spielen Genossenschaftsgründungen kaum noch eine Rolle, und die bestehenden driften als Groß- und Zentralgenossenschaften ab in die Unbeliebtheit. Ursprünglich waren Genossen die Leute, die zusammen Vieh hüteten. Heute hat man manchmal den Eindruck, dass Genossen es einem klauen wollen. Ob es in der Schweinevermarktung die Einführung neuer Abrechnungsmasken ist, ob es um die Entwicklung neuer Messsysteme geht, ob es um den Widerstand der Schlachtunternehmen gegen die Preisfindung durch Erzeugergemeinschaften geht oder ob es um das Erfinden neuer Abzüge geht, – immer sind die Genossenschaften vorne –

und gerne behaupten sie, dass alles ausschließlich zum Wohle der Bauern geschieht. Den Bauern bleibt der unangenehme Eindruck, dass sie über den Tisch gezogen werden, während jemand sagt: „Freut euch doch, es ist doch euer Tisch.“

Ohne verallgemeinern zu wollen: Die bäuerlichen Vertreter in den Gremien der Genossenschaften übernehmen oft die Rolle, den Berufskollegen die Interessen der Vermarktungsunternehmen zu erklären. Die „Janusköpfigkeit“ der Genossenschaft, die in der Genossenschaftsliteratur häufig beschrieben zwei Gesichter – das eine mit dem Förderauftrag zu den Mitgliedern blickend, das andere dem Markt, der Verarbeitung und dem Handel, zugewandt – verwischt die Interessen, ohne sie in ausreichender und not-

Betriebsspiegel

Der Betrieb Völker liegt in Ostwestfalen. 35 ha sandiges Ackerland (Mais, Getreide). 120 Sauen, 400 Mastplätze. Im landwirtschaftlichen Betrieb arbeiten Günther Völker ein Auszubildender.

wendiger Weise deutlich und so dauerhaft konsenzfähig zu machen. Diese Entwicklung ist bedauerlich. Ich bin überzeugt, dass eine gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Bauern und ihren Vermarktungsunternehmen unbedingt notwendig ist, um gemeinsam der Konzentration im Lebensmittelhandel entgegen zu wirken, so nach dem Motto: Einer für Alle und Alle gegen Walmart. *Günther Völker, 57 Jahre*

Mind. 4 DM/kg für dänische Öko-Schweine

Um die um 50 % über denen der konventionellen Schweinemast liegenden Produktionskosten zu decken, wäre ein Erzeugerpreis von rund 15 dkr (knapp 4 DM) pro kg Öko-Schweinefleisch nötig. Zu diesem Zwischenergebnis kommt ein seit 1997 laufendes Projekt des größten Schlacht- und Fleischunternehmens in Dänemark, der Danske Slagterier (DS), wie der Ernährungsdienst berichtet. Dieser Preis sei im letzten Jahr zwar nicht erreicht worden. DS rechnet jedoch damit, dass sich die Zahl der Schlachtschweine aus ökologischer Landwirtschaft von rund 137.000 im Jahr 1999 auf 250.000 im Jahr 2005 erhöht, wobei auch auf den Export ins europäische Ausland gesetzt werde. pm

15 Jahre ECOVIN

Sein 15-jähriges feierte der Bundesverband Ökologischer Weinbau ECOVIN auf der Messe ProWein 2000 in Düsseldorf. Vor den Ständen von 13 ECOVIN-Winzern (Foto) erinnerte Verbandspräsidentin Christine Bernhard an den Erfolg, den ökologischen Weinbau entgegen allen Erwartungen realisiert zu haben. Heute würden rund 1,5 % aller Rebflächen in Deutschland ökologisch bewirtschaftet. Der Weinverkauf über das Internet werde immer lukrativer. Der Verband biete seit drei Jahren mit seiner Homepage dafür eine ideale Bühne (www.ecovin.de). pm



Monsanto veröffentlicht Reis-Erbgut-Daten

Der Gentechnik-Konzern Monsanto will überraschend seine Unterlagen über die Entschlüsselung des Erbmaterials der Reis-pflanze anderen Wissenschaftlern zur Verfügung stellen. Die Rohdaten sollen dem internationalen Projekt zur Reis-Genom-Sequenzierung, einem von Japan aus geleiteten Zusammenschluss von Forschergruppen, übergeben werden. Beobachter sehen in diesem Schritt des Konzerns den Versuch, sein weltweit ramponiertes Image wieder aufzupolieren, um aus seiner tiefen Krise wieder herauszukommen. Monsanto hatte in den letzten Jahren versucht, zum Schutz seiner Patente in seine Pflanzensorten ein „Terminator-Gen“ einzubauen, das die geernteten Samen unfruchtbar macht und so die Bauern an der Wiederaussaat der geernteten Samen hindert. Für diesen Versuch der Monopolisierung musste sich Monsanto schließlich nach weltweiten Protesten öffentlich entschuldigen. Wie großzügig die Gen-Veröffentlichung Monsantos wirklich wird, bleibt im übrigen unstritten. Chinesische Forscher sollen ohnehin in einem halben Jahr das Reis-Genom entschlüsselt haben (Monsanto derzeit zu 85 %). en

Gentech-Kartoffelerzeugnisse wohin?

Der niederländische Stärke-Konzern Avebe sucht Käufer für etliche tausend Tonnen gentechnisch veränderte Kartoffelerzeugnisse. Wie der Infodienst AgriHolland meldet, handelt es sich um Erzeugnisse aus einem Anbauversuch, der verboten wurde. Die gepflanzten Gentech-Kartoffeln mussten damals wieder vom Feld entfernt werden. Auch daraus gewonnenes Kartoffelweiß oder Kartoffelfasern waren auch als Futtermittel nicht vermarktungsfähig, weil in die gentechnisch veränderten Pflanzen ein Antibiotikum eingebaut worden war, das als letztes Arzneimittel in Krankheitsfällen dient. Die niederländischen Behörden befürchteten eine Verstärkung der Resistenzbildung bei Anwendung in der Humanmedizin und Gefahren für die Umwelt. Avebe hofft nun, die Gentech-Erzeugnisse als Halbfabrikat für Industrieprodukte loszuwerden. Trotz dieser Erfahrungen arbeitet der Konzern laut AgriHolland weiter an der Entwicklung gentechnisch veränderter Kartoffeln mit veränderten Aminosäure-Inhaltstoffen. en

Knick in Österreichs Bio-Boom

5 % der österreichischen Biobetriebe sind 1999 ausgestiegen

In Österreich sind im Jahr 1999 rund 1.000 Biobetriebe (entspricht 5 % aller Biobetriebe im Land) aus der ökologischen Landwirtschaft ausgestiegen. Das berichtet die österreichische Zeitschrift ÖkoLand. Österreich habe mittlerweile seine europäische Vorreiterrolle in Sachen Ökolandbau eingebüßt, die ökologisch bewirtschaftete Fläche Österreichs sei erstmals seit Jahren konstant geblieben. Gleichwohl haben die Biobauern in der Alpenrepublik immer noch einen Anteil an allen Betrieben von über 8 % (D: 1,5 %).

Auf der Suche nach den Gründen für die große, aber nicht ganz unerwartet eingetretene Ausstiegswelle zitiert das Heft die Auswertung einer Befragung der Landwirtschaftskammer Tirol unter den Ausgestiegenen, wobei 334 Rückmeldungen ausgewertet werden konnten.

Mehrere Gründe

Danach führten 70 % der Betriebe als Ausstiegsgrund an, dass die staatlichen Förderungen den Mehraufwand im ökologischen Landbau für Betriebsmittel (z.B. Futtermittel) nicht ausgleichen würden. 54 % der Betriebe gaben an, dass sich die Erwartungen bezüglich der Vermarktung der Bio-Produkte nicht erfüllt hätten. Auffallend ist, dass die über die Hälfte der Befragten auch Probleme mit der Kontrolle angegeben haben. Die meisten der an der Befragung teilge-

nommenen Aussteiger aus dem Ökolandbau nehmen nun aus dem österreichischen Agrar-Umweltprogramm ÖPUL die Fördermaßnahme „Verzicht auf ertragsteigernde Betriebsmittel - Gesamtbetrieb“ in Anspruch. Gleichwohl können sie sich anscheinend zum großen Teil vorstellen, bei geänderten Rahmenbedingungen wieder in die ökologische Landwirtschaft einzusteigen. Immerhin 40 % haben die Frage bejaht, ob sie bei einer höheren Förderung bereit wären, den Biologischen Landbau weiterzuführen; ebenso viele für den Fall, dass die Produkterlöse höher wären.

Eine schon Anfang 1999 erschienene Studie (von Kirner und Schneeberger), die den Ausstieg vieler Betriebe aus dem Ökolandbau vorhergesagt hatte, ermittelte als wesentlichen Grund für die Ausstiegsbereitschaft (63 % aller Antworten), dass derzeit „kaum höhere Preise für biologische Produkte zu erzielen“ seien. Als weiterer wichtiger Grund wurde eine zu geringe Förderdifferenz für den Ökolandbau im Vergleich zu anderen ÖPUL-Maßnahmen genannt. Hinzu kamen regionale Unterschiede: In Tirol war die Ausstiegsbereitschaft wesentlich größer als z.B. in Salzburg, wo es ein funktionierendes Biomilchprojekt gibt. Mitglieder eines Bioverbandes sowie Direktvermarkter waren eher bereit, weiterhin ökologisch zu wirtschaften. pm

Monsanto-Konkurrenz klagt

Klagen gegen Monopolstellung des Chemie- und Gentechnikkonzerns

Zwischen zwei der größten Gentechnik-Firmen herrscht nach Angaben der Financial Times offener Krieg: Der Chemiekonzern DuPont hat den Gentechnik-Konkurrenten Monsanto beschuldigt, mit illegalen Mitteln die Märkte für Sojabohnen und Sojabohnen-Herbizide zu monopolisieren. DuPont (Eigentümer des Saatherstellers Pioneer) verklagte Monsanto wegen Veruntreuung geistigen Eigentums, Kontraktbruchs und Verletzung der Antikartellgesetze. Mit dem Kauf der Saatgutfirma Asgrow im Jahre 1997 habe Monsanto die Vermarktung von Sojabohnensorten verhindert, die gegen DuPont-Herbizide unempfindlich seien. So beherrsche jetzt Monsanto mit seiner gentechnisch veränderten Sojabohne, die allein gegen das Monsanto-Herbizid Roundup unempfindlich ist, den Sojamarke.

Gleichzeitig verklagten auch der Chemie-

konzern Aventis und die unabhängige Forscherin Dr. Trolinder den Monsanto-Konzern und warfen ihm vor, Patente auf gentechnisch veränderte Baumwolle zum Ausschluss des Wettbewerbs genutzt zu haben. Monsanto habe Frau Trolinder als Miterfinderin ausgebootet. Unterdessen gibt es auch einen Konflikt zwischen Monsanto und dem Verband der US-Sojapflanzer, der dem Konzern vorwirft, in den USA überhöhte Saatgut-Preise im Vergleich zu anderen Anbauländern zu verlangen. Monsanto solle zudem das Verbot des Nachbaus der eigenen Ernte durch die Landwirte aufheben und seine „Technologie-Gebühr“ auf Saatgut fallen lassen. Bereits seit Ende letzten Jahres läuft eine Sammelklage von Landwirten aus USA und Frankreich gegen Monsanto wegen des Vorwurfs, ein globales Kartell zur Verbreitung transgenen Saatguts anzustreben. en

2. Säule der EU-Agrarpolitik steht

Mit der neuen Verordnung (1257/99) über die Förderung des ländlichen Raumes gibt die EU den Rahmen vor. Die Umsetzung findet durch die Programme der Bundesländer statt. Diese liegen zur Genehmigung in Brüssel vor. Aber Schwerpunkte lassen sich bereits jetzt ablesen – Beispiele aus Baden-Württemberg, Sachsen-Anhalt und Nordrhein-Westfalen auf den nächsten Seiten.

Die neue EU-Verordnung fasst im Zuge der Agenda 2000 neun alte Verordnungen zusammen. Diese beziehen sich auf klassische Strukturmaßnahmen:

- einzelbetriebliche Investitionen,
- Verarbeitung und Vermarktung,
- Ausbildung,
- Starthilfen für Junglandwirte,
- Diversifizierung,

und auf die mit der Agrarreform 1992 eingeführten sog. flankierenden Maßnahmen:

- Agrarumweltschutz,
- Vorruhestand,
- Aufforstung,
- benachteiligte Gebiete.

Integrierte ländliche Entwicklung

Mit diesen Schwerpunkten hält die neue EU-Verordnung zur ländlichen Entwicklung keine großen Überraschungen bereit. Ergänzt worden ist der bisherige agrarstrukturpolitische Ansatz um allgemeine Maßnahmen zur Förderung des ländlichen Raumes wie Tourismus und Handwerk als nicht-landwirtschaftliche Förderbereiche. Damit wird der integrierten Entwicklung des ländlichen Raumes Rechnung getragen, wie sie in der Agenda 2000 beschlossen worden ist. Neu aufgenommen in den EU-Förderrahmen wurden einzelne Aspekte wie:

- Investitionen zur Non-food-Produktion (z.B. Energiegewinnung aus Pflanzen),
 - benachteiligte Gebiete mit Umwelt- und Naturschutzaufgaben,
 - regionale Vermarktung.
- Insgesamt verfolgt die EU-Förderung

des ländlichen Raumes drei wesentliche Ziele:

- Stärkung des land- und forstwirtschaftlichen Sektors,
- Wettbewerbsfähigkeit,
- Umweltschutz und Bewahrung des ländlichen Erbes.

10 % für die 2. Säule

Für ländliche Entwicklung sind im EU-Haushalt 2000 insgesamt 8 Mrd. DM vorgesehen. Das entspricht gut 10 % des EU-Agrarhaushalts von 80 Mrd. DM. Demgegenüber stehen



Den ländlichen Raum in seiner Gesamtheit stärken ist erklärtes Ziel der 2. Säule der europäischen Agrarpolitik. Foto: Das Bauland in Baden-Württemberg, Erdmanski-Sasse

41 % für den Bereich Ackerkulturen, 11 % für Rindfleisch und 7 % für Milch zur Verfügung. Der gesamte Haushalt der EU im Jahr 2000 beträgt 175 Mrd. DM, wovon nicht ganz die Hälfte für die Landwirtschaft bestimmt ist.

Schwerpunkte

Innerhalb der 2. Säule der EU-Agrarpolitik sind 50 % der Gelder für Agrarumweltschutz vorgesehen, 25 % für benachteiligte Gebiete, 10 % für die Forstwirtschaft und der Rest verteilt sich auf Vorruhestand, Anpassung und Entwicklung, Junglandwirte sowie zum geringsten Teil auf einzelbetriebliche Investitionen. Dieser Schlüssel ist für die Programme der einzelnen Bundesländer jedoch nicht bindend. Sie können eigene Prioritäten setzen und auf Maßnahmen wie z.B. Vorruhe-

ländlichen Entwicklung steht Deutschland für die nächsten sieben Jahre bis einschließlich 2006 aus dem EU-Haushalt zu. Damit erhält Deutschland 16 % der Gelder aus dem europäischen Ausgleichs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL) und liegt europaweit an zweiter Stelle hinter Frankreich mit 17,5 %, gefolgt von Italien mit 13,7 % und Spanien mit 10,6 %.

Kofinanzierung

Die Gelder aus Brüssel stellen aber lediglich einen Anreiz dar und müssen durch Landesmittel ergänzt werden. Der Anteil der EU-Kofinanzierung geht bis maximal 50 % in West- bzw. 75 % in Ostdeutschland. Die neuen Bundesländer werden weiterhin von der EU als sog. Ziel-1-Gebiet besonders gefördert.

Die Verteilung der EU-Mittel auf die einzelnen Länder ist deutschlandweit festgelegt. Der Bund beteiligt sich über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GA) mit bis zu 60 % an den Kosten, sofern die Förderziele der EU in die Gemeinschaftsaufgabe aufgenommen worden sind.

Für das Jahr 2000 werden für ländliche Entwicklung insgesamt 1,3 Mrd. DM von der EU, 1,7 Mrd. DM vom Bund und 1,1 Mrd. DM von den Ländern erwartet. Da also derzeit noch mehr Mittel aus Berlin denn aus Brüssel kommen, geben die Förderschwerpunkte der Gemeinschaftsaufgabe besonders für finanzschwache Länder einen entscheidenden Anreiz bei der Ausgestaltung ihrer Programme. *we*

Neue Schwerpunkte in der Gemeinschaftsaufgabe

Nicht alle Aspekte der neuen EU-Verordnung sind in die Gemeinschaftsaufgabe aufgenommen worden. Als Kofinanzierung kommt ihr für die Länderprogramme eine wichtige Rolle zu.

Obwohl die Gemeinschaftsaufgabe das zentrale nationale Instrument zur Umsetzung der neuen EU-Verordnung zur ländlichen Entwicklung ist, enthält sie doch nur einen Minimalkonsens der Maßnahmen.

Zurückgestellt

Bisher keine Mittel stellt die Gemeinschaftsaufgabe für folgende Fördermaßnahmen der neuen EU-Verord-

nung ländliche Entwicklung bereit:

- Vorruhestand,
- Ausgleich für Umwelt- und Naturschutzaufgaben.

Den Ländern bleibt es unbenommen, diese Maßnahmen zu fördern, sofern sie die nötige Kofinanzierung zu den EU-Geldern allein aufbringen.

Beim Vorruhestand vertreten die Länder jedoch den Standpunkt, dass dieser als sozialpolitischer Aspekt ganz in

die Zuständigkeit des Bundes fällt. Minister Funke sieht sich dazu finanziell nicht in der Lage: Aber zumindest beschränkt auf die Milcherzeuger bleibt der Vorruhestand politisch in der Diskussion.

Beim Ausgleich für Umwelt- und Naturschutzaufgaben hat Nordrhein-Westfalen im Alleingang eine Vorreiterrolle übernommen (Genaueres dazu im folgenden Artikel). Gefordert

wird er auch in anderen Bundesländern im Rahmen der FFH-Diskussion.

Erweitert

Neu aufgenommen in die Gemeinschaftsaufgabe sind folgende Schwerpunkte aus der neuen EU-Verordnung:

- regionale Verarbeitung und Vermarktung,
- forstliche Erzeugung, Bearbeitung

und Vermarktung.

- langjährige Stilllegung von Acker- und Grünlandflächen aus Umweltgründen.

Dazu kommt als bundesdeutsche Initiative:

- Kapazitätsausweitung im Schweinebereich.

Ob die EU letzteres überhaupt genehmigt, muss abgewartet werden. Voraussetzung ist in jedem Fall, dass ausreichend Marktpotential vorhanden ist und Umweltbedingungen eingehalten werden.

Modifiziert

- Bei der Agrarinvestitionsförderung (AFP) werden Neben- und Haupterwerbsbetriebe künftig gleichgestellt, wobei aber größere, existenzsichernde Investitionen vorrangig gefördert werden sollen.

- Die Förderung benachteiligter Gebiete wird auf besonders ungünstige Standorte und Grünland konzentriert und mit einer Obergrenze von 24.000 DM je Betrieb bzw. 12.000 DM je betriebsnotwendiger Arbeitskraft versehen.

- Bei der Umstellung auf ökologischen Landbau werden die Fördersätze von 250,- auf 300,- DM je Hektar erhöht.

Drei Förderziele

Laut Bundesministerium für Landwirtschaft dient die Neuausrichtung der Gemeinschaftsaufgabe drei wesentlichen Zielen:

- Die Wettbewerbskraft und Leistungsfähigkeit der Land- und Forstwirtschaft soll gestärkt werden.

- Den gestiegenen gesellschaftlichen Anforderungen an Umweltschutz und Erhalt von Kulturlandschaften soll Rechnung getragen werden.

- Die neuen Schwerpunkte der EU-Förderpolitik für den ländlichen Raum sollen berücksichtigt werden.

Finanzielle Ausstattung

Es muß aber laut Minister Funke damit gerechnet werden, dass die finanziellen Mittel, die im Haushalt 2000 mit 1,7 Mrd. DM fast konstant geblieben sind, ab 2002 weiter gekürzt werden. Zur Zeit stehen gut 15 % des deutschen Agrarhaushalts von insgesamt 11 Mrd DM für die Agrarstrukturpolitik der Gemeinschaftsaufgabe zur Verfügung. Der Löwenanteil von 70 % entfällt auf die soziale Sicherung. Zwischen Alten und Neuen Bundesländern hat sich die Verteilung der Strukturmittel aus der Gemeinschaftsaufgabe zugunsten des Westens verschoben. Die meisten Gelder

fließen nach Bayern (313 Mio DM), gefolgt von Niedersachsen (245 Mio DM), Baden-Württemberg (166 Mio DM), Brandenburg (144 Mio DM), Mecklenburg-Vorpommern (132 Mio DM), Nordrhein-Westfalen (112 Mio DM) und Schleswig-Holstein (102 Mio DM).

Schwerpunkte

Im Bundesdurchschnitt der letzten Jahre sind 25 % der Mittel aus der Gemeinschaftsaufgabe in die einzelbetriebliche Investitionsförderung geflossen, 23 % in die Ausgleichszulage für benachteiligte Gebiete, 21 % in wasserwirtschaftliche und kulturbautechnische Maßnahmen sowie den Küstenschutz und 16 % in Planungen bzw. Verfahren zur agrarstrukturellen Entwicklung, Flurbereinigung sowie Dorferneuerung. Der Rest verteilt sich auf forstwirtschaftliche Maßnahmen (4,3 %), Extensivierung sowie ökologischen Landbau (4 %), Marktstrukturverbesserung wie z.B. Vermarktung (3,5 %) und weiteres (3,2 %).

Den einzelnen Bundesländern bleibt es jedoch unbenommen, aus eigenen Mitteln spezifische Ländermaßnahmen zu fördern, gegebenenfalls von der EU kofinanzieren zu lassen und so eigene Schwerpunkte zu setzen.



Ländlich wird oft gleichgesetzt mit Idyll. Aber das Land... Welche Rolle wird Landwirtschaft dabei spielen? Fotos: 1

zwe

Baden-Württemberg jongliert mit seinen Programmen

Wie die meisten Bundesländer hat auch Baden Württemberg versucht, bestehende Programme in die neue EU Verordnung zum

Entsprechend der Agrarstruktur aber auch der (fast) flächendeckenden Industrialisierung konnte baden-württembergische Agrarpolitik nie in dem Ausmaß auf die agrarische Produktionsschlacht ausgerichtet werden. Deshalb haben Ansätze einer integrierten Entwicklung (Zu- und Nebenerwerbsbetriebe dominieren) eine längere Tradition und vielleicht auch bessere Akzeptanz als in den

nördlichen Bundesländern. Die Honorierung der Kulturlandschaftspflege aber auch anderer Umweltleistungen (z.B. Wasserschutz) war im Ländervergleich überdurchschnittlich.

Unruhe durch Umschichtung

Insofern war es auch nicht übermäßig schwierig, den neuen EU Kriterien gerecht zu werden. Die Diskussion wird vielmehr dadurch bestimmt, dass die

Landesregierung versucht Teile ihres ausschließlich aus Landesmitteln finanzierten Wasserschutzprogrammes (SCHALVO) in das Kulturlandschaftsprogramm (MEKA) zu integrieren, um darüber die Kofinanzierungsmittel aus Brüssel mitzunehmen. Was als typische schwäbische Sparsamkeit zunächst allgemeine Zustimmung fand hat unter den Bauern für gehörigen Aufruhr gesorgt, da die Berufskollegen, denen im Wasserschutzgebiet etwas weggenommen werden sollte nicht unbedingt identisch sind mit denjenigen, die über das MEKA mehr bekommen sollten.

Dazu kommt, dass es eine Reihe von Mitnahmeeffekten in beiden Programmen gibt, die geringfügige Maßnahmen beim Ackerbau hoch honorieren, während Tierhaltung und Grünland wie in allen derzeitigen Agrarprogrammen weit schlechter abschneiden.

Schwerpunktproduktion

Die alten Schwerpunkte sind auch die neuen. Im ersten Förderschwerpunkt

„Verbesserung der Produktionsstruktur“ dominieren die Investitionen in landwirtschaftliche Betriebe mit ca 50 Mio. Euro*, Junglandwirte 10 Mio. Euro, Leistungsprüfungen und Kontrollringe 7 Mio., Berufsausbildung und Beratung jeweils 4 Mio., Flurbereinigung 28 Mio., Verbesserung der Verarbeitungs- und Vermarktungsstruktur 11 Mio. Euro. Dazu kommt die Ausgleichszulage für benachteiligte Gebiete mit 56 Mio Euro und das spezifische baden-württembergische Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum mit 125 Mio. Euro.

Schwerpunkt Umwelt

Im zweiten Förderschwerpunkt „Agrarumwelt und Forstwirtschaft“ stehen das abgespeckte Wasserschutzprogramm SCHALVO mit 25 Mio. Euro und das künftig aufgestockte Kulturlandschaftsprogramm MEKA mit 150 Mio. Euro im Vordergrund, ergänzt durch Fördermaßnahmen für Naturschutz und Landschaftspflege (40 Mio. Euro) sowie Maßnahmen zur Förderung der Forstwirtschaft.



Stärkung der Forstwirtschaft ist erklärtes Ziel der neuen Förderung. Foto: Thüringer Wald, Erdmansi-Sasse

Nordrhein-Westfalen stärkt Programme

Das Land sieht sich als Vorreiter bei der regionalen Vermarktung. Umwelt- und Tierschutz sind weitere wesentliche Förderkriterien. Von der Aufstockung der einzelbetrieblichen Investitionsförderung profitieren aber auch konventionelle Betriebe.

Schon bevor Brüssel die regionale Vermarktung in seinen Förderkatalog aufgenommen und Berlin sie in der Gemeinschaftsaufgabe bezuschusst hat, bot die rot-grüne Koalition in Düsseldorf eine landeseigene Förderung an. Ministerin Höhn sieht ihre Politik durch die neue EU-Verordnung zur ländlichen Entwicklung bestätigt.

Vier Schwerpunkte

Mit dem Programm „Ländlicher Raum“ soll die Vielzahl bisheriger Förderungen in Nordrhein-Westfalen unter vier Aspekten zusammengefasst werden:

- Verbesserung der Produktions- und Vermarktungsstrukturen,
- Maßnahmen zur ländlichen Entwicklung,
- Agrarumwelt- und Ausgleichsmaßnahmen,
- Förderung der Forst- und Holzwirtschaft.

Ministerin Höhn definiert ländliche Entwicklung in ihrem Bundesland so: „Und schließlich geht es in einem dicht besiedelten Land wie Nordrhein-Westfalen auch darum, die flächendeckende Landbewirtschaftung sicherzustellen, ... Wir brauchen den ländlichen Raum auch als Kultur- und Erholungslandschaft. Das geht nicht ohne Landwirte“.

Produktion

Die Erzeugung standardisierter Ware soll ebenso gefördert werden wie die Spezialisierung auf regionale Produkte. Für letztere sieht das Ministerium einen zunehmenden Bedarf bei den

Verbrauchern.

War es bei der einzelbetrieblichen Förderung in der Vergangenheit zu Engpässen gekommen, wobei der Bauernverband die Benachteiligung konventioneller Betriebe beklagt, so werden die Mittel für das Agrarinvestitionsförderungsprogramm (AFP) nun erheblich verstärkt. Überhänge bei den Anträgen soll es laut Ministerium künftig nicht mehr geben. Auch Bestandsaufstockungen im Schweine- und Geflügelbereich sollen nun förderfähig werden, sofern die Kriterien des ökologischen Landbaus eingehalten werden bzw. Legehennen in Freiland- oder Bodenhaltung leben. Die Zustimmung aus Brüssel steht jedoch noch aus.

Märkte

Bei Bio-Produkten wie z.B. Milch sieht das Ministerium eine ungedeckte Nachfrage und will daher die Umstellung fördern. Auch bei den nachwachsenden Rohstoffen gelte es, Potentiale auszuschöpfen.

In der ländlichen Entwicklung soll zum einen die Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe gestärkt, zum anderen die Attraktivität ländlicher Räume für die Bevölkerung erhöht werden. Konkret bedeutet dies die Fortführung von Einkommensdiversifizierung, Umnutzung, Dorferneuerung, Flurbereinigung und Fremdenverkehr. Neu hinzu kommt der Aufbau von Betriebsführungsdiensten unter Beteiligung von mindestens 15 Betrieben, um das Betriebsmanagement zu optimieren.

Kulturlandschaft

Das Kulturlandschaftsprogramm mit seinen drei zentralen Komponenten Grünlandextensivierung, Ökolandbau und Vertragsnaturschutz soll vereinfacht, ergänzt und räumlich ausgeweitet werden. Neu aufgenommen werden der Erosionsschutz durch spezielle Anbauverfahren sowie Förderung der Umstellung bzw. Beibehaltung der Festmistwirtschaft. Die stark detaillierten Vertragsnaturschutzprogramme werden in einer Rahmenrichtlinie mit den vier Grundpaketen Acker, Grünland, Streuobstwiesen sowie Biotopanlage und -pflege zusammengefasst. Zugleich sollen sie flexibler und praxiserreichter werden. Bis zum Jahr 2006 soll dreimal soviel Fläche in das Kulturlandschaftsprogramm eingebracht werden wie heute, womit dann rund 20 % der landwirtschaftli-

chen Fläche in Nordrhein-Westfalen gefördert würden.

FFH-Ausgleich im Alleingang

Als einziges Bundesland erweitert Nordrhein-Westfalen die Ausgleichszulage für benachteiligte Gebiete gemäß den rechtlichen Möglichkeiten der neuen EU-Verordnung auf Gebiete mit naturschutzbedingten Einschränkungen. So werden in FFH- und Vogelschutzgebieten mit einfachen Schutzauflagen 90,- DM je ha gezahlt, bei Überlagerung mit Landschaftsschutzgebieten 120,- DM je ha bzw. mit Naturschutzgebieten 240,- DM je ha. Parallel dazu bemüht sich Nordrhein-Westfalen, den FFH-Ausgleich in die Gemeinschaftsaufgabe einzubringen und dadurch Bundesmitteln als Kofinanzierung zu erhalten. Eine Bund-Länder-Arbeitsgemeinschaft soll dafür die inhaltlichen und rechtlichen Voraussetzungen klären.

Holzwirtschaft

Aufforstung soll in NRW besonders in den relativ waldarmen Tieflandbereichen weiter gefördert werden. Neu ist eine Ausgleichszulage für Waldflächen, die eine Schutzfunktion im öffentlichen Interesse erfüllen z.B. als Naturschutzgebiet. Umweltgerechte Umgestaltung bzw. Bearbeitung der Wälder durch Erhöhung des Laubwaldanteils bzw. Einsatz von Rückepferden werden ebenso gefördert wie Ausschöpfung des energetischen Potentials durch Holz-Feuerungsanlagen.

Finanzielle Ausstattung

Im Vergleich zur letzten Förderperiode stehen Nordrhein-Westfalen für die nächsten sieben Jahre gut 40 % mehr Mittel zur Verfügung. Insgesamt sind es fast 2 Mrd. DM, im Jahr etwa 265 Mio DM, wovon das Land selber 26 %, die EU 32 % und die Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Land 42 % trägt. Für letztere bleibt abzuwarten, wie sich die Mittelausstattung in den nächsten Jahren entwickelt. Gut ein Sechstel der Mittel ist für die einzelbetriebliche Förderung bestimmt. Bezogen auf inhaltliche Schwerpunkte sind jeweils knapp ein Drittel für Agrarumweltschutz bzw. Produktion- und Vermarktungsstruktur vorgesehen. Der Rest verteilt sich auf ländliche Entwicklung, Ausgleichszulage und Forstwirtschaft.



auch Wirtschafts- und Lebensraum vieler Menschen.
üringer Wald, Nordsee, Ostwestfalen, Erdmansi-Sasse

men

ländlichen Raum zu integrieren.

Nicht einmal die Landesregierung selbst glaubt allerdings daran, dass die eingereichten Programme und Wünsche so akzeptiert werden, aber der Versuch – so wird man gedacht haben – könne ja nicht schaden.

Wolfgang Reimer

* 1 Euro entspricht in etwa 2 DM



Erhalt und Umnutzung landwirtschaftlicher Bausubstanz steht traditionell im Mittelpunkt der Dorferneuerung. Foto: Holsteinische Schweiz, Erdmansi-Sasse

Sachsen-Anhalt setzt auf integrierte Entwicklung

Der ländliche Raum soll in seiner Gesamtheit stärker gefördert werden. Dafür gibt es neue Programme. Mit der Initiative LOCALE sollen Gemeinden Fördertöpfe besser erschließen und kombinieren. In der Landwirtschaft orientiert sich Sachsen-Anhalt stark an den Vorgaben aus Brüssel und Berlin.

In diesem ostdeutschen Bundesland, das nach einer rot-grünen Koalition nun von der SPD allein regiert wird, will man mit dem neuen Landesprogramm dem ländlichen Raum stärker Rechnung tragen im Sinne des umfassenden Ansatzes der Agenda 2000. Das bedeutet neue Programme über den landwirtschaftlichen Sektor hinaus. Minister Keller meint dazu: „Ländliche Räume haben nur dann eine Chance für die Zukunft, wenn es gelingt, sie als ganzheitliche Lebensräume für die Menschen zu bewahren und weiterzuentwickeln“. Neben eine intakte Umwelt und attraktive Infrastruktur gehören für ihn daher gleichberechtigt auch Einkommensquellen für die dort lebende Bevölkerung.

Jugend, Frauen, Regionalentwicklung

Um dem neuen Ansatz integrierter Entwicklung gerecht zu werden, werden Fördermaßnahmen ganz neu eingeführt z.B. für Jugend und Frauen im ländlichen Raum. Dabei geht es u.a. um die Erschließung finanzieller Standbeine – ganz klassisch in der Direktvermarktung oder auch durch Nutzung neuer Medien in der Telearbeit. Auch das Gewerbe im ländlichen Raum soll im Rahmen der Regionalförderung gestärkt werden. Das Programm „ländliche Entwicklung – Dorfentwicklung“ berücksichtigt dagegen insbesondere Umweltaspekte.

Verzahnte Maßnahmen

Große Hoffnungen setzt das Ministerium auf die sog. Synergieeffekte, die durch Bündelung und Vernetzung einzelner Fördermaßnahmen einen Zusatzgewinn bringen sollen. Hilfestellung erfahren Gemeinden in ländlichen Gebieten mit Struktur- oder Entwicklungsproblemen durch die bereits 1999 gestartete Landesinitiative LOCALE. Die EU stellte dafür Mittel in Höhe von 1,2 Mio DM zur Verfügung. Zusammenschlüsse von Gemeinden werden bei der Erstellung eines gemeinsamen Konzepts sowie beim Fördermittelmanagement finanziell und personell unterstützt. Dadurch wolle man wegkommen von der bisherigen Programmstarrheit, so die Aussage aus dem Landwirtschaftsministerium. Mit einem speziellen Leitfaden will die LOCALE die drei EU-Strukturfonds „regionale Entwicklung“ (EFRE), „Soziales“ (ESF) und „Landwirtschaft“ (EAGFL) erschließen und verzahnen helfen. Die Landwirtschaft hat jedoch nach bisheriger Einschätzung des Landvolkverbands nichts Neues davon zu erwarten.

Kontinuität für die Landwirtschaft

Im klassischen Bereich der Agrarstrukturpolitik ersetzt ein Konsolidierungsprogramm zur Umschuldung die

bisherige Förderung zur Existenzsicherung. Diese war zu kurzfristig bemessen und daher wenig effektiv, so die Aussage des Landvolkverbands. Laut Landwirtschaftsministerium ist ein dringender Bedarf an temporärer Betriebsmittelhilfe für landwirtschaftliche Betriebe in Not festgestellt worden. Noch herrscht jedoch Ungewissheit, ob das neue Programm von der EU genehmigt wird.

Insgesamt gibt es für die Landwirtschaft in Sachsen-Anhalt bereits rund 40 verschiedene Fördermaßnahmen. Diese werden im Prinzip weitergeführt, teilweise geringfügig modifiziert bzw. finanziell aufgestockt. So soll die Förderung des ökologischen Landbaus eine Anpassung in Richtung der sowohl EU- wie bundesweit unterstützten Regionalvermarktung erfahren. In diesem Kontext können z.B. Marketingstudien gefördert werden. Da Sachsen-Anhalt inzwischen weniger Geld aus der bundesdeutschen Gemeinschaftsaufgabe erhält, stellt sich im Landwirtschaftsministerium die Frage, ob die Landesmittel ausreichen werden, die EU-Mittel zu binden. So ist die bisherige Vorruhestandsregelung für landwirtschaftliche Arbeitnehmer zwar in das neue Programm aufgenommen worden. Aber ob sie auch künftig finanziell tragbar ist, muß abgewartet werden. Starke Konkurrenz erfährt sie durch die Förderung des Vertragsnaturschutzes. Ein Allein-

gang Sachsen-Anhalts mit eigenen Programmen für die Landwirtschaft ist aufgrund der angespannten finanziellen Situation gemäß Aussage des Landwirtschaftsministeriums nicht zu erwarten. Die neuen Fördermaßnahmen aus EU-Verordnung und Gemeinschaftsaufgabe sind dagegen übernommen worden.

Enttäuschung im Vertragsnaturschutz

Aufgrund von EU-Recht werden die Verträge in den FFH-Gebieten in den nächsten Jahren auslaufen. Ersatz bieten soll eine neue Förderung zum Ausgleich umweltspezifischer Einschränkungen. Diese ist gemäß EU-Vorgabe auf einen Betrag bis maximal 400,- DM je ha beschränkt. Das bedeutet laut Einschätzung des Landvolkverbands weniger Geld in FFH-Gebieten und treffe die Landwirte hart, die auf die Gelder aus dem Vertragsnaturschutz vertraut hätten. Seitens der Landesregierung sei kein politischer Wille feststellbar, diesem Vertrauensbruch in FFH-Gebieten entgegenzuwirken. Minister Keller spreche vielmehr von bisheriger Überkompensation, so der Landvolkverband.

Finanzausstattung

Minister Keller gibt sich zuversichtlich, dass die Mittel für Sachsen-Anhalt aus dem europäischen Agrarfonds – Abteilung Ausrichtung zunehmen werden. Betragen sie in der letzten Förderperiode von 1994 bis 1999 rund 1,1 Mrd. DM, werde die EU sich für den Zeitraum 2000 bis 2006 voraussichtlich mit 1,4 Mrd. DM an der ländlichen Entwicklung beteiligen. Bisher ist gut die Hälfte der Mittel in die Dorferneuerung geflossen und ein Sechstel an landwirtschaftliche Unternehmen. Dort stand die Investitionsförderung in der Rinder- und Schweinehaltung sowie im Gartenbau im Mittelpunkt. Bei der Verteilung der Strukturmittel nimmt Sachsen-Anhalt im Vergleich zu anderen neuen Bundesländern eine Durchschnittsposition ein. Der Hauptanteil fließt mit 80 % in die Förderung des ländlichen Raumes allgemein gegenüber 20 % für die landwirtschaftliche Produktion. In Thüringen geht mehr in die Produktion, in Brandenburg mehr in den ländlichen Raum.

Fortsetzung von Seite 13

Obwohl Nordrhein-Westfalen unter den Ersten war, die ihr Programm in Brüssel vorgelegt haben, steht die Genehmigung noch aus, weil die Kommission zunächst auch die Prüfung der Gemeinschaftsaufgabe abschließen möchte, die Bestandteil der Länderpläne ist. Dennoch hat das Ministerium – soweit möglich – bei den zentralen Maßnahmen im Zuge des vorzeitigen Maßnahmenbeginns bereits mit der Förderung begonnen. *zwe*



Trägt die 2. Säule das europäische Agrarmodell durch die wirre Zeit weltweiter Fusionen, Aggressionen, Kollisionen ... oder ist sie nur das Feigenblatt zum Abgang auf die bäuerliche Landwirtschaft? Nährt sie Inseln scheinbarer Glückseligkeit, die doch wieder im rastlosen Meer der Zeit untergehen werden ... oder gründet sie solide Wege in die Zukunft?
Foto: Pellworm, die Öko-Insel, Erdmansi-Sasse

Am 12. Mai 2000 veranstaltet die NUA in Herne-Wanne eine Tagung zum neuen Programm in NRW mit Schwerpunkt Fördermöglichkeiten für Natur und Umwelt – Info und Anmeldung tel.: 02361 305-345 oder -304, fax: -340

Alte Kartoffelsorten, lebendig und in Farbe

Ein Bio-Bauer erweckt durch Anbau und Züchtung alte Schätze zu neuem Leben

Lifestyleausrüstung für Landhausbewohner vertreibt der „Manufactum“-Versandhandel hauptsächlich. Seit 2 Jahren zählen zum Sortiment auch Kartoffeln. Natürlich sind es ganz besondere Knollen: alte Sorten, die durch heute längst nicht mehr bekannte Formen und Farben beeindrucken. Geschmacklich können sie sich durchaus an neuen Sorten messen lassen. Die Kartoffeln im Manufactum-Katalog (wie auch die, die über den Greenpeace-Versandhandel angeboten werden) mit so klangvoll-exotischen Namen wie Sharon Blue, Piroshka, La Ratte oder traditionsreiche wie Ackersegen und Industrie stammen aus der Lüneburger Heide.

Karsten Ellenberg, Bioland-Bauer im nord-östlichen Niedersachsen, hat vor vier Jahren - bewegt vom Gedanken der Ressourcensicherung - die ersten Knollen alter Sorten aus der Genbank geordert. Ihm geht es aber um mehr, als lediglich Genbankmaterial aus dem Dornröschenschlaf zu erwecken, zu vermehren und an passionierte GärtnerInnen zu vermarkten. Der über Bekannte entstandene Kontakt zu den Versandhändlern stellt mittlerweile eine Möglichkeit dar, Ellenbergs eigentliches Vorhaben zu finanzieren. Sein Ziel ist, ökologisch Kartoffeln zu züchten.

Was zunächst wie ein etwas hochtrabendes Bestreben für einen einzelnen Bauern wirkt, wurde am Anfang tatsächlich gerade von den nicht wenigen in der Gegend ansässigen Kartoffelzuchtbetrieben belächelt. Inzwischen hat sich Interesse eingestellt. Ellenbergs Strategie ist die Kombination von Sorten mit einer guten Standhaftigkeit gegenüber der im Ökolandbau so gefürchteten Kraut- und Knollenfäule mit geschmacklich und/oder auch farblich herausragenden Vertretern der alten Sorten. Die Aufzucht der Kreuzungsnachkommen erfolgt unter ökologischen Bedingungen, ohne Mineraldünger und Pflanzenschutzmittel. Ob irgendwann dabei tatsächlich eine neue Sorte herauskommt, für die Ellenberg die Anerkennung beim Bundessortenamt beantragt, bleibt auch für ihn selbst mit einem Fragezeichen versehen. Schließlich lassen sich zu Speisezwecken im Hofladen oder auch über den Großhandel auch Eigenzüchtungen ohne Sortenanerkennung unter Angabe des Kochtyps verkaufen.

Vermarktungshürden

Beim Vertrieb von Pflanzgut bedarf es laut Saatgutverkehrsgesetz einer Sortenanerkennung, die dementsprechend den Sortenschutz nach sich zieht. Nur der Sortenschutzinhaber darf Pflanzgut „in

den Verkehr bringen“. Deshalb verkaufen die Versandhändler die von Ellenberg vermehrten alten Sorten nur als Speiseware. Doch bei den in Mischpaketen angebotenen Knollen fand das Landesamt für Ernährungswissenschaft und Jagd in NRW trotzdem jüngst ein Haar in der Suppe: „Speiseware dürfe nur sortenrein verpackt, sowie mit Handelsklasse, Gewicht und Kocheigenschaften ausgezeichnet vertrieben werden“, so berichtet der Manufactum-Katalog und fährt fort: „Demnach: wir verkaufen ihnen diese Kartoffeln, damit Sie sie in die Vitrine stellen und nicht etwa in den Kochtopf fallen lassen, und noch weniger in ein gut vorbereitetes Kartoffelbeet ... Und ein Platz in der Vitrine haben sie ja auch verdient: Als Monumente einer Zeit, in der es weit mehr wohlschmeckende Kartoffelsorten gab als monotonievermehrnde Bürokratien.“

Kreative Unabhängigkeit

Als monotonievermehrend mutet auch die moderne Kartoffelzüchtung an, wirft man auf nur einen Bruchteil der 100 alten Sorten, die Karsten Ellenberg auf rund einem halben Hektar Land seiner 15 ha Kartoffelfläche (Speiseanbau und Pflanzkartoffelvermehrung) anbaut. Ihn begeistert diese Vielfalt gegenüber den neuen Sorten, die sich letztlich kaum mehr unterscheiden. „Auch in der Wortwahl müssen wir wieder vielfältiger werden, es mit Definitionen wie erdig, herb, cremig, würzig wieder interessanter machen, Kartoffeln zu kaufen.“ Für ihn ist das Arbeiten mit alten Sorten eine Möglichkeit, kreativ zu sein, die züchterische Herausforderung macht ihm Spaß, weil es ihm die Angst vor der Abhängigkeit von den großen Züchterfirmen nimmt. Seiner Meinung nach haben sich „die Bauern die Züchtung zu sehr aus der Hand nehmen lassen“. Nichts desto trotz arbeitet er mit Züchtern zusammen, kann sich beim tatsächlichen Entstehen einer eigenen Sorte eine Kooperation vorstellen.

Preis pro Knolle

Jedes Jahr ergänzt Ellenberg 20 „neue“ alte Sorten, die er mittlerweile nicht mehr

nur aus den Genbanken, sondern auch von Gärtnern und Initiativen zum Erhalt der Kulturpflanzenvielfalt bekommt, dafür fliegen 20 Sorten, die sich nicht bewahren konnten, wieder raus. Nur gesunde Kartoffeln von rund 20 Sorten werden nach Absprache mit den Versandhäusern auf dem Ellenbergschen Hof als Mischungen abgepackt und alle auf einmal an die Zentral-läger geliefert. Gezahlt wird pro Knolle. Im letzten Erntejahr ließ sich das Geschäft mit den Raritäten erstmals etwas mehr mechanisieren und trug Ellenbergs Aufwand inklusive seiner züchterischen Aktivitäten, zu denen auch die Beschäftigung einer 630-DM-Kraft gehört. „Der Markt ist empfindlich, aber ausbaufähig“, konstatiert der Bauer denn auch, bisher hätte er immer noch mehr Knollen verkaufen können als er geerntet hatte. Fördergelder erhält er weder vom Land noch vom Bund, zweimal lehnte Karl-Heinz Funke - zunächst noch als niedersächsischer, später als Bundeslandwirtschaftsminister - Anträge Ellenbergs ab. „Nun könnte Rot-Grün bei der Novellierung des Saatgutverkehrsgesetzes zeigen, dass sie die Vielfalt beim Verbraucher ankommen lassen möchten“, wünscht sich der Biobauer und hebt damit auf die dort geplante Zulassung der einfachen „In-Verkehrbringung“ von sogenanntem Her-



Alte Kartoffel-Sorte mit lila Fleisch: Sharon Blue, Herkunft USA vor 1900, zu finden auf Ellenbergs Acker

Ökologische Pflanzenzucht

Die AGÖL arbeitet derzeit im Rahmen eines Projektes zur ökologischen Pflanzenzüchtung an der Erstellung europäischer Richtlinien mit. Nähere Infos zu der Initiative zur Sicherung gentechnikfreien Saatgutes für den Ökolandbau auf der Internetseite der AGÖL (www.agoel.de) unter dem Stichwort Saatgut.



Bioland-Bauer Karsten Ellenberg züchtet auf seinem Hof im nord-östlichen Niedersachsen Kartoffeln auf Grundlage alter Sorten und hat sich eine spezielle Vermarktung aufgebaut. Fotos: Schievelbein

kunftssaatgut - darunter ließen sich auch alte Sorten fassen - ab. Damit bräuchte Manufactum den Ackersegen & Co nicht mehr als nur für die Vitrine anzupreisen - allerdings hält Karsten Ellenberg jene Illegalität kaum für abschreckend, „letztlich macht die Leute doch erst heiß, was verboten ist“.

AbL Mecklenburg-Vorpommern vor der Gründung

Zur Interessenvertretung bäuerlicher Betriebe in Mecklenburg-Vorpommern – warum die Gründung eines neuen AbL-Landesverbandes sinnvoll ist

Obergrenzen unterlaufen

Den „missbräuchlichen Bezug von EU-Fördermitteln durch zum Beispiel Tochtergesellschaften einer Aktiengesellschaft zu verhindern, die eigentlich keine selbständigen Betriebe sind“ – dies ist das Ziel eines geplanten Fördererlasses des sächsischen Landwirtschaftsministeriums. Wie der VDL Sachsen meldet, haben große Agrarunternehmen mit juristischen Tricks die Obergrenzen in der Förderung unterlaufen.

Vor einigen Wochen haben sich einige Landwirte aus Mecklenburg-Vorpommern getroffen, um über die Interessenvertretung bäuerlicher Betriebe zu diskutieren. Ausgangspunkt dafür ist die unter Betriebsleitern kleinerer und mittlerer Betriebe der neuen Bundesländer weit verbreitete Auffassung, dass der Deutsche Bauernverband (DBV) ihre Interessen nicht oder nicht angemessen vertritt und dass die landwirtschaftliche Gesetzgebung und vor allem die Verwaltung stark auf die Großbetriebe ausgerichtet sind. Betrachtet man die Entwicklung in den neuen Bundesländern nach der Wende, so waren es zuerst LPG-Nachfolgebetriebe und ehemalige LPG-Leitungsfunktionäre, die Betriebe neu gegründet bzw. die Betriebe weitergeführt haben. Die Landesverbände des DBV in den neuen Bundesländern sind nach ihrer Gründung sehr bald zu einem Sprachrohr dieser Großbetriebe und nicht der sich erst zögerlich entwickelnden kleinen und mittleren Betriebe geworden. Dieser Zustand hält bis heute an. Das lässt sich an der Kritik des DBV an jeglichen Plänen zur Ein-

führung einer Degression (Abstaffelung) bei der Flächenbeihilfe und von Bestandsobergrenzen in der Tierhaltung ablesen. Die Lösungsvorschläge, die der DBV erfolgreich durchgesetzt hat, nützen nur den Großbetrieben.

Die Konzentration der Betrachtung auf den Großbetrieb gilt aber vielfach auch für Politik und Verwaltung in den neuen Bundesländern. Ein bezeichnendes Bei-

Landwirtschaft so genannte Pachtvergabe-kommissionen gebildet, denen in Mecklenburg-Vorpommern ein Vertreter des DBV angehört. Da sich die Mitgliedsbeiträge des DBV über die Fläche errechnen, ist eine Interessenkollision fast immer gegeben.

Nach meiner Auffassung ist die Praxis der Verpachtung von BVVG-Flächen ohne öffentliche Ausschreibung in hohem



Aufgrund der Vergabepaxis haben in Mecklenburg-Vorpommern junge Betriebe große Probleme, an Pachtland zu kommen. Das ist ein Punkt, den die AbL-Aktiven ändern wollen.



Diskussionsveranstaltung zur Gründung eines AbL-Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommern

Zukunft der Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern

– Bäuerliche Landwirtschaft oder
industrielle Agrarproduktion

Montag, 8. Mai 2000, 13.00 Uhr

Thünen-Museum, Tellow (B 108 zw. Rostock und Teterow)

Podiumsdiskussion mit

Dr. Gerald Thalheim,

Staatssekretär im Bundeslandwirtschaftsministerium

Till Backhaus,

Landwirtschaftsminister Mecklenburg-Vorpommern

Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf,

Bundesvorsitzender der AbL, Vorsitzender des Agrarausschusses des Europaparlaments

Dr. Jörg Gerke,

Haupterwerbslandwirt nördlich von Güstrow

Moderation: Georg Janßen,

Bundesgeschäftsführer der AbL

Alle Interessierten sind herzlich eingeladen.

Kontaktadressen:

Jörg Gerke, 18258 Rukieten, Tel./Fax: 038453-20400

Helmut Ernst, 18292 Koppelow, Tel./Fax: 038451-70372

Bernd Heller, 17217 Groß Vielen, Tel.: 03962-210816

spiel dafür ist die Besorgnis des damaligen Landwirtschaftsministers in Mecklenburg-Vorpommern, nachdem im Winter 1995/96 relativ große Flächenanteile von Winterraps und -gerste ausgewintert waren. Er sprach in der Presse von Überbrückungskrediten für Agrargenossenschaften – bäuerliche Familienbetriebe wurden gar nicht erwähnt.

Zugang zu Pachtland

Es gibt in Mecklenburg-Vorpommern aber noch weitere Aspekte struktureller Chancengleichheit zwischen großen und kleineren Betrieben. Die sich nach der Wende zuerst konstituierenden Betriebe waren die größeren Betriebe vor allem von ehemaligen Leitungspersonal. Diese Betriebe haben von der Treuhand (heute BVVG – Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH) den größten Teil der BVVG-Flächen zur Pacht erhalten. Andere Pachtinteressenten, wie z.B. Wieder- und Neueinrichter von Betrieben, sind bis heute in hohem Maße benachteiligt. Dabei ist und war die Höhe des Pachtgebotes in Mecklenburg-Vorpommern kein Kriterium. Bei Neuverpachtung von solchen Flächen werden bei den Ämtern für

Maße wettbewerbsverzerrend und stellt für Betriebe, die einen hohen Flächenanteil an BVVG-Flächen bewirtschaften, einen massiven Vorteil dar. Kriterien wie Umwelt- oder Sozialverträglichkeit der Betriebe spielen offenbar für die Verpachtung keine Rolle.

Löhne und Zuschüsse

Ein anderer, selektiver Vorteil für Großbetriebe basiert auf dem hohen Arbeitskräfteüberschuss in der Landwirtschaft aufgrund des starken Rationalisierungsschubes nach der Wende. Die Großbetriebe reagieren darauf mit einem sehr geringen Lohnniveau. Löhne von 10 - 12 DM brutto pro Stunde sind eher die Regel als die Ausnahme und unterschreiten die Richtlinie des Arbeitsamtes oder die Tariflöhne deutlich. Dazu kommt, dass die Einstellung von Langzeitarbeitslosen mit erheblichen Lohnkostenzuschüssen gefördert wird, zur Zeit mit ca. 1.900 DM/Monat in Mecklenburg-Vorpommern. Naturgemäß kommt dies Betrieben mit einem hohen Anteil an Fremd-Arbeitskräften zugute, also den Großbetrieben. Fragt man nach den Ursachen für die selektive Förderung, so ist nach Beobach-

Zucker-Prinz Ernst August

Prinz Ernst August von Hannover kaufte Zuckerrübenaktien mit Lieferrenten für ca. 2.000 ha. Das verunsichert viele

Zu einem ungewöhnlichen Geschäft ist im Nordzuckerkonzern gekommen. Wie der Landvolkverband Sachsen-Anhalt mitteilt, hat Prinz Ernst August von Hannover von einem maroden LPG-Nachfolgeunternehmen aus dem Ohrekreis (Sachsen-Anhalt) Zuckerrübenaktien mit Lieferrechten, die auf ca. 2.000 ha Ackerland liegen, gekauft. Zwischenhändler war die Raiffeisenhauptgenossenschaft Hannover, die die Zuckerrübenaktien von dem LPG-Nachfolgeunternehmen aufgrund von Zahlungsverzugs gepfändet und an den Prinzen weiterverkauft hat. Der wiederum wolle damit auf seinem landwirtschaftlichen Betrieb im hessischen Kreis Halberstadt den lukrativen Zuckerrübenanbau ausdehnen, wie der Landvolkverband schreibt.

„Als wir von dieser Transaktion erfahren haben, gab es Befürchtungen, dass die Eigentümer der Ackerflächen, auf denen die Lieferrechte liegen, um ihre Zuckerrübenquote gebracht werden“, so Jochen Dettmer, Hauptgeschäftsführer des Landvolkverbandes Sachsen-Anhalt. Die Nordzucker AG habe dem Verband aber zugesichert, dass nach Ablauf der Pachtverträge zwischen dem LPG-Nachfolgebetrieb und den Ackerrentenbesitzern der Prinz die Aktien mit Lieferrecht den Ackerrentenbesitzern anbieten muss. „Streit wird es mit dem Prinzen

nur dann geben, wenn die Aktie nicht zum Ansparwert angeboten wird, sondern ein überhöhter Preis verlangt wird“, warnt Dettmer den Adeligen. Der Landvolkverband widerspricht der Rechtsauffassung der Nordzucker Holding AG und des Zuckerrübenanbauverbandes Magdeburg, die den Wert der Aktie mit Lieferrecht bei der doppelten Ansparsumme ansetzen. Dettmer hält dagegen: Ein überhöhter Wert der Aktie kann auch nicht im Interesse der Pächter sein, die auf neuem Pachtland Zuckerrüben anbauen wollen. Wir hoffen, dass durch die Rechtsprechung – spätestens beim Bundesgerichtshof – Klarheit für Ackerrentenbesitzer und Pächter geschaffen wird“, so Dettmer abschließend. pm



Beim Handel mit Zuckerrübenaktien drohen Ackerrentenbesitzer und Pächter draufzuzahlen

tung vieler Landwirte in den neuen Bundesländern die Agrarverwaltung und -politik auf die Großbetriebe konzentriert. Dies wird unterstrichen durch folgenden Auszug aus einer Rede des neuen brandenburgischen Landwirtschaftsministers auf der Jahreshauptversammlung des Landwirteverbandes (Gegenorganisation zum DBV in Brandenburg): „Ich möchte von vornherein klarstellen, dass für mich das Bemühen um Chancengleichheit bäuerlicher Einzelbetriebe eine Selbstverständlichkeit ist.“ Wenn dies bisher in Brandenburg für die Politik eine Selbstverständlichkeit gewesen wäre, hätte der neue Minister dies in seinem Vortrag sicher nicht erwähnt. Damit wird nur dokumentiert, dass eine solche Chancengleichheit bis jetzt nicht existierte.

Hoffungsansätze

In Mecklenburg-Vorpommern hat 1998 ein Regierungswechsel stattgefunden, bei dem auch das Landwirtschaftsressort neu

besetzt wurde. Durch den neuen Minister Till Backhaus hat es einige ermutigende Signale auch für kleinere Betriebe gegeben. Investitionen in die Schweinehaltung werden in weitem Maße unabhängig von der Betriebsgröße gefördert. Auch in der Förderung von Direktvermarktung und ökologischem Landbau gibt es Ansätze, die vor allem kleineren Betrieben zugute kommen.

Ziel eines vor der Gründung stehenden **AbL-Landesverbandes** muss es sein, solche Ansätze in der Landespolitik zu stärken. Es muss deutlich werden, dass gerade in einem Bundesland, das im Tourismus ein wichtiges wirtschaftliches Standbein hat, eine vielseitige, mittelständische Landwirtschaft gute Entwicklungschancen hat und aufgrund der Landwirtschaftspolitik auch haben sollte.

Dr. Jörg Gerke

Der Autor bewirtschaftet einen landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetrieb nördlich von Güstrow.

KURZES AM RANDE

Illegaler Landkauf in Polen?

Wegen illegaler Praktiken beim Erwerb von polnischen Landwirtschaftsflächen (20.000 ha) hat in Stettin ein Prozess gegen acht Deutsche und sechs Polen begonnen. Die Beschuldigten sollen die polnische Vorschrift umgangen haben, wonach ein Landkauf durch Ausländer nur möglich ist, wenn im Rahmen einer GmbH mindestens 51 Prozent der Anteile von polnischen Staatsbürgern gehalten werden. Wie der Internetdienst AgriHolland meldet, sollen in den vorliegenden Fällen lediglich polnische „Strohmannen“ eingeschaltet gewesen sein. en

Landwirt im Hungerstreik

Mit einem unbefristeten Hungerstreik wehrt sich der brandenburgische Landwirt und Verleger Erich Degreif gegen „jahrelange Behinderungen“ durch das brandenburgische Umwelt- und Landwirtschaftsministerium. Degreif bewirtschaftet 157 ha Grünland ausschließlich mit Zuppferdegesspannen und entsprechender Technik, davon einen Großteil im Naturschutzgebiet Nuthe-Nieplitz-Niederung. Degreif wehrt sich dagegen, dass Ausgleichszahlungen für die Naturschutzaufgaben und die Pflegeleistungen im Naturschutzgebiet jahrelang nicht an ihn als Nutzungsberechtigten, sondern an einen Landschaftsförderverein gezahlt worden seien, der die Mittel in für Degreif nicht nachprüfbarer Weise an ihn weiterleite. Nachdem der Landwirt diese Praxis moniert und die Behörde wiederholt aufgefordert hat, den entsprechenden Vertrag auf ihn zu überschreiben, habe das Ministerium damit reagiert, gar keine Ausgleichszahlungen mehr zu zahlen. Zudem werde seitens des Ministeriums seit Jahren die Zustimmung zum Kauf einer Hofstelle verweigert, obgleich Kaufverträge existierten und die Hofstelle aus dem Schutzgebietsstatus befreit worden sei. Als Folge der verweigerten Zustimmung seien bereits bewilligte Kredite mittlerweile wieder verfallen. pm

Norddeutsche Hofbörse gestartet

Am 1. April startete die 1. Norddeutsche Hofbörse auf Initiative des Kirchlichen Dienstes auf dem Lande Hannover (KDL). Mit der Hofbörse sollen diejenigen, die für ihren Hof keinen geeigneten Nachfolger haben, mit jungen qualifizierten Landwirtinnen und Landwirten, die sich eine eigene landwirtschaftliche Existenz aufbauen wollen, zusammengebracht werden. Vorbild ist die Hessische Hofbörse, wie KDL-Geschäftsführer Götz Schumacher erklärt. Auch hier werden Fragebögen an die Interessenten versandt, die sich bei der Hofbörse telefonisch melden. Die Hofbörse ist zu erreichen unter ☎ 0511-1241527 pm

Britische Farmer verzweifeln

Besonders bei denjenigen britischen Farmern, die die von ihnen bewirtschafteten Betriebe ganz gepachtet haben, schlägt sich die anhaltend schwierige Lage auf den britischen Agrarmärkten stark auf die psychische Verfassung nieder. Nach Angaben des englischen Bauernverbandes NFU nimmt jeder Zehnte von ihnen täglich Antidepressiva ein. Ein Viertel leide unter Eheproblemen und 70 % könnten vor Sorgen kaum schlafen. 60 % von ihnen befürchten demnach, alles zu verlieren. Im vergangenen Jahr habe es pro Woche mehr als einen Selbstmord unter Landwirten gegeben. Laut NFU arbeiten in Großbritannien rund 23.000 Farmer oder 18 % aller Haupterwerbsbetriebe auf Pachtbasis. Sie bewirtschaften zusammen 2,2 Millionen ha Land, was einem Durchschnitt von knapp 96 ha entspricht. Die Gründe für die extrem niedrigen Preise werden zum einen in dem ungünstig hohen Wechselkurs des Britischen Pfund im Vergleich zum Euro gesehen sowie – wie in anderen Agrarexportländern – die vor zwei Jahren weggebrochenen Absatzmärkte in Russland. pm

Regionale Viehaufstockung beschleunigt

Die regionale Konzentration der Tierhaltung im Landkreis Cloppenburg (südliches Oldenburger Land) nimmt weiter zu. Wie der Kreis-ausschuss mitteilte, hat sich die Zahl der Stallbauanträge gegenüber der Zeit vor 1996 verdreifacht. Sollten sich die Anträge realisieren, so würden die Tierzahlen im Kreisgebiet wie folgt steigen: zu den vorhandenen 842.000 Schweinen kämen weitere 227.000 hinzu, zu den 1,8 Millionen Puten weitere 481.000 und zu den 4 Millionen Hühnern/Hähnchen zusätzliche 3,1 Millionen. en

10 Jahre danach und kein bißchen weiter?

Der Stern der LPG-Nachfolger im Osten sinkt..., wurde in der letzten Bauernstimme beschrieben. Aber was soll dies bedeuten, fragt Katrin Küster. Sie hinterfragt auch das Selbstverständnis der AbL

Der Artikel in der letzten Bauernstimme (S. 10) folgt einer Argumentation von 'top agrar': „Über die Hälfte der Fläche in den Neuen Bundesländern ist den Juristischen Personen als LPG-Nachfolgern verblieben (...), doch deren Stern sinkt. (...) Fachleute attestieren den Genossenschaften zu hohe Lohnkostenbelastung bzw. Managementfähigkeit und rechnen mit weiteren Betriebsaufgaben. (...) Groß heißt nicht unbedingt erfolgreich.“ Bei den Lesern, denen die „Großen“ aus dem Osten immer schon ein Dorn im Auge waren, erweckt diese Beschreibung seltsamerweise fast beruhigende Gefühle: 'Da braucht man ja nur abzuwarten.' Aber auf was dann gewartet wird, ist bestimmt nicht das, was da erwartet wird – schon gar nicht bei dieser Interpretation von Agrarstatistik und top-agrar-Recherchen. Mit meinen Erfahrungen zur Entwicklung der Landwirtschaft ist obige Interpretation jedenfalls nicht kompatibel:

Meine Erfahrungen

Dazu als erstes: Die offizielle Agrarstatistik ist untauglich, die Situation der Rechtsnachfolger von LPG'n zu erklären, denn sie unterscheidet nicht in Rechtsnachfolger und Einrichter (egal ob Wieder- oder Neueinrichter), sondern nur in juristische und nichtjuristische Personen. Das ist mehr als Wortklauberei. Wenn Südzucker in Thüringen eine 2000-ha-Marktfrucht-GmbH gründet, gehört diese ebenso zu den „juristischen Personen“ wie die ehemalige LPG. Unrelevant? Von den 365 Rechtsnachfolgern in Thüringen sind nur 27 heute Unternehmen, die ohne Tierbestände wirtschaften – eine immer noch kaum erwähnte Tatsache –, denn die Tierhaltung in den neuen Bundesländern wurde hauptsächlich von den LPG'n „vererbt“. Nicht nur der höhere Arbeitskräftebesatz der juristischen Personen erklärt sich u.a. daraus, sondern auch der niedrige Arbeitskräftebesatz der Einrichter und deren Strukturen. Wer von den Einrichtern realisierte den Aufbau einer eigenen Tierhaltung? (...) Seltsamerweise hatten eher die „Ossis“ als die Einrichter das Selbstverständnis, dass zur Fläche auch Tiere gehören. Von den einheimischen Einrichtern in Thüringen haben nur 19 % Marktfruchtunternehmen mit durchschnittlich je 221 ha. Die „Wessis“ in Thüringen brachten dagegen eine „markt-

wirtschaftskonformere“ Einstellung mit: 69 % von ihnen sind reine Marktfruchtbetriebe und durchschnittlich 315 ha groß. (...)

Arbeit bezahlen!

Schon allein die kommentarlose Beschreibung in der Bauernstimme: „Gewinn macht, wer wenig Arbeitskräfte braucht“ lässt den Leser stutzig werden: Ist das nicht genau das Kernproblem, dass eben nicht nach Arbeits-

Das bedeutet, dass ein 1000-ha-Betrieb es mit rund 800 Verpächtern zu tun hat. Die Unternehmen selbst reden von „Verpächterpflege“. Es mag in den nördlichen neuen Bundesländern einzelne Personen geben, die in LPG'n große Flächenanteile hatten (aber auf alle Fälle alle jeweils unter 100 ha); doch wenn die Person als Arbeitskraft weiter behalten wurde, dann erfahrungsgemäß aber nicht aus dem Grund alleine, sondern deshalb, weil



Katrin Küster warnt davor, der Argumentation „Groß“ gegen „Klein“ zu verfallen und auf den wirtschaftlichen Untergang der LPG-Nachfolgebetriebe zu hoffen

kraft oder weiterführend Wirtschaftsweise, sondern nach Masse bezahlt wird? Sind die letzten Bauernstimmen nicht voll mit Artikeln, in denen der Standpunkt der AbL dargelegt wurde: zukunftsfähige Landwirtschaft bedeutet, für eine Wirtschaftsweise einzutreten, bei der der Mensch von seiner Arbeit leben kann? Dass die LPG-Nachfolger nicht in Sympathie-Nähe der AbL rücken können – sie haben ja die meisten Arbeitskräfte – klärt dann die Erklärung: „Nicht allein aus sozialen Gründen halten Juristische Personen als LPG-Nachfolger ihre Arbeitskräfte. Sie fürchten auch, dass diese bei Entlassung ihre Flächen mitnehmen.“ Aha, erklärt sich der Leser, die machen das also nicht aus sozialen, sondern aus wirtschaftsstrategischen Erwägungen!

Stimmt das? Dann müssten die Arbeitnehmer auch die Bodeneigentümer sein. Gerade das stimmt so aber nicht. Die Durchschnittsgröße der Eigentumsflächen im Osten ist sehr gering, in Thüringen liegt sie bei 0,8 ha.

diese Person nicht nur bodenanteilig, sondern eben als Person im Unternehmen „Gewicht“ hat. Hier taucht ein zweites Argument dagegen auf: Boden „vererbte“ sich in der Familie nur, wenn das Kind ebenso LPG-Mitglied wurde. Für wieviele Rechtsnachfolger-Arbeitnehmer heute trifft das noch zu, wenn ungefähr 1960 die so genannte Kollektivierung abgeschlossen war? Die heute noch dabei sind, sind jetzt Ende 50 oder älter. Das Bodeneigentümerproblem wird zukünftig damit um so mehr ein Problem der „Verpächterpflege“.

Der Grund für den hohen Arbeitskräftebesatz in den Rechtsnachfolgern ist wohl eher darin zu suchen, dass erstens die Rechtsnachfolger heute noch die Tierproduktionsbetriebe sind, und zweitens gab es, wie mir zahlreiche Interviewpartner bestätigten, tatsächlich eine Art „Sozialverhalten“. Die Arbeitskräfte in den LPG'n wurden über Anpassungshilfe und Vorruhestandsregelungen so „human“ wie möglich in ihren bevorstehenden Lebensabend

entlassen. Das hohe Durchschnittsalter der in der Landwirtschaft Beschäftigten kam diesem „Sozialverhalten“ entgegen. Nur so ist wohl erklärbar, dass relativ „leise“ über eine halbe Million Menschen innerhalb von nichtmal 10 Jahren aus der östlichen Landwirtschaft „verschwinden“ konnten. Zum „Sozialverhalten“ der LPG-Leitungen mag jeder Leser seine eigene Meinung haben. Die Konsequenz, dass es doch bestimmt auch ohne diesem gegangen wäre, brachte ein damaliger LPG-Vorsitzender, der heute der Geschäftsführer eines 2000-ha-Unternehmens ist, sehr treffend auf den Punkt: „Unser erster Berater war ein Wessi und'n totaler Fehlgriff, der war Steuerberater. Der hat zwar den Horizont geweitet für solche Dinge, aber sonst... Der wollte in selbständige Betriebe umwandeln, ne, die Leute abbröckeln, Inventar abwandeln und die LPG kaputt gehen lassen und andere hinterrücks wie Phönix aus der Asche weitermachen lassen. Ne, geht nich, funktioniert nich, mußte'n Schwein sein, um so'was zu können. Wär' aber ökonomisch der richtigste Weg gewesen für viele.“

Genauer hinsehen

Generell scheint es sehr angebracht, da genauer hinzusehen, wo sonst nur das weite Feld so genannter Haupterwerbsbetriebe und Personengesellschaften bleibt, die im Gegensatz zu den juristischen Personen erleichternd „klein“ erscheinen. Dieser „Bonus“ verschafft ihnen eine unhinterfragte Sympathie, auf die man sich nicht immer verlassen sollte. Gerade die Interpretation des „Unterganges“ der Großen im Osten und das gleichzeitige Danebensetzen des Gründungsauftrages eines Landesverbandes der AbL erweckt den Eindruck der Erleichterung über das Sinken des „Sterns“ LPG-Nachfolger. Was aber sinkt, sind eher nicht münzbare Werte, die man nicht unbedingt nur auf dem Feld der Einrichter finden muss. Wenigstens das die Konfliktlinie nicht einfach zwischen groß und klein, juristische Personen kontra Einrichter verläuft, sollte nach 10 Jahren Wende in Ostdeutschland doch endlich zum Selbstverständnis der AbL gehören.

Katrin Küster, Erfurt

Katrin Küster promoviert zum Thema: Die Entwicklung der Landwirtschaftsstrukturen ab 1989 in Thüringen (siehe auch Kritischer Agrarbericht 1998, S. 49-54)

Kinderwissen über Landwirtschaft

Eine Befragung von neun- bis zehnjährigen Kindern in verschiedenen Ländern der Europäischen Union hat ergeben, dass Kinder wenig über Landwirtschaft wissen. Eins von vier niederländischen Kindern meinte, dass Oliven und Orangen in ihrem Lande wüchsen. 17 Prozent der britischen Kinder hielten Bananen für eine einheimische Frucht. Über die Hälfte wusste nicht, woraus Zucker gemacht wird. 29 Prozent der Kinder meinten, Baumwolle stamme von Schafen. Kinder, die schon einmal einen Bauernhof besucht hatten, wussten besser Bescheid als andere Kinder. Zum Bild des Landwirts befragt, gab es folgende Antworten: fleißig (95 %), freundlich (78 %), fürsorglich (72 %), recht alt (65 %). In Deutschland konnten sich nur 3 % der Kinder vorstellen, Landwirt zu werden – in Finnland immerhin 29 %, im EU-Durchschnitt 10 %.

en

Traktoren ohne Fahrer

Am 5. Mai ist es soweit: Auf den „Agrar-Computertagen 2000“ im bayerischen Triesdorf gibt es eine Vorführung eines fahrerlosen Schleppers. Der fahrende Bauer wird für ein paar Stunden von „Agro nav“, einem computer- und radargestützten Navigations- und Steuerungssystem der Firma Geo tec, ersetzt. Zur Bestimmung des genauen Standortes und der Fahrtrichtung etc. sendet und empfängt das System mit der so genannten GPS-Technik (Globales Positionierungssystem) ständig Signale an und von Satelliten im Weltraum. Da das fahrerlose Gerät noch nicht auf Straßen fahren darf, lohnt sich die neue Technik nur für große Flächen, wo sie einige Zeit beschäftigt ist. Die Alternative ist, dass die Nachbarflächen gleich mit bewirtschaftet werden, was alles programmierbar sein soll – dann dürfen jedoch keine Gräben oder Hecken im Wege sein.

pm

Abhaken oder verknüpfen

Zum Tag des Wassers war ich auf einer Agenda 21-Veranstaltung im Wasserwirtschaftsamt Oberfranken. Eingeladen waren Agenda 21-Aktive, Gemeindevertreter, Bürgermeister, Umweltaktivisten – aber keine Bauern. Insgesamt sind rund 50 Leute gekommen – viel zu viele Redner mit einer Redezeit von jeweils fünf Minuten, mit kurzen Überleitungen zwischen den Themenbereichen, für Fragen und Diskussionen bleibt keine Zeit. Und so wird viel warme Luft produziert. Zwischendrin eine Pause mit Häppchen und Getränken. Auch die Veranstaltung besteht aus kleinen Häppchen, an denen man sich verschluckt – manche sind nett, manche pikant. Wie ein köstliches Büffett zu genießen, ein entspannter Abend, den man schnell vergisst, der belanglos ist, ohne Konsequenz. Man geht satt und doch seltsam leer nach Hause. Aber: „jetzt haben wir was zur Agenda 21 gemacht ...“. Ganz toll!

Für mich war es eine gute Übung öffentlich aufzutreten, mehr aber auch nicht. Ich habe mich bei meinem „Auftritt“ einfach nicht an die Redezeit gehalten, und es war anscheinend so spannend, dass viele Fragen alles noch weiter ausdehnten. Ausgehend vom Boden, mit dem wir Landwirte in erster Linie zu tun haben, der ständigen Bodendegradation, über agrarpolitische Rahmenbedingungen, der zu führenden Diskussion um die Stellung der Landwirtschaft in der Gesellschaft, zurück zum Wasser, das in allen Erscheinungsformen davon abhängt, wie wir mit dem Boden umgehen. – Und „schmutzige“ Hände hatten die Leute außerdem, weil ich ihnen zu Beginn eine Handvoll Erde gab: „Ackerboden, Krume, Scholle, Erde, Mutterboden, wir nennen es auch Dreck ...“

Eine Woche später das andere Extrem von Veranstaltung: Der Umweltbeauftragte der Erzdiözese Bamberg lädt ein zum „Studententag Agenda 21 in der Pfarrgemeinde“. Wieder darf ich einen Beitrag leisten und stelle den „Tag der Regionen“ vor. Diesmal sind es 18 Leute, es gibt einen theoretischen und thematischen Rahmen, es kommt zum Erfahrungsaustausch. Es dauert nicht lange, und wir sind intensiv im Gespräch miteinander, unterhalten uns über technische als auch emotionale Aspekte. Auch das Schwanken zwischen Hoffnung und Resignation wird aufgegriffen. Beispiele für Strategien werden erörtert, so dass ich meine Ideen und Wege fortsetzen kann: Umgehen von Hindernissen, vielfältige Ansatzpunkte suchen, klare Aussagen formulieren, Partner in der Umsetzung organisieren. Durch das Erkennen, dass andere Leute in der Region ähnliche Werte und Vorstellungen haben, an ähnlichen Auseinandersetzungen arbeiten, entsteht Gemeinsamkeit. Aber es ist auch ein Erkennen, dass es viel Kraft, Mut, Durchhaltevermögen und Ehrlichkeit kosten, aus den eingefahrenen Mustern dieser Gesellschaft herauszukommen (Macht, Bürokratie, Aktionismus, Abgabe von Verantwortung etc.), vorsichtiger mit Sprache und Begriffen umzugehen, das Alte loszulassen, um Neues zu finden.



aus Oberfranken

Offene Bäuerinnen-Gärten



Niedersächsische Bäuerinnen laden in ihre Gärten. Foto: Jasper

Bäuerinnen öffnen ihre Gärten“ – unter diesem Motto haben sich bisher 19 Bäuerinnen im Weser-Ems-Gebiet zusammengeschlossen. Den Berichten der Bäuerinnen zufolge kommen in manche Gärten 500 Besucher pro Gartensaison (bei einem Preis pro Führung von 3 bis 5 DM). Neben dem Zusatzeinkommen sind aber auch die Suche nach Erfahrungsaustausch oder Anerkennung die wesentliche Motivation der Anbieterinnen. Die Besucher interessiert vor allem auch das Regionaltypische der Bäuerinnen-Gärten. Ein Faltblatt mit den Adressen ist gegen Einsendung eines adressierten und mit 1,10 DM frankierten Rückumschlages erhältlich bei: Landwirtschaftskammer Weser-Ems, z.Hd. Frau Erika Brunken, Mars-la-Tour-Str. 1-13, 26121 Oldenburg.

en

Auf 8 Wegen Bodensee erleben

Eine Karte mit acht verschiedenen Erlebnispfaden zu unterschiedlichen Themengebieten am Rande des westlichen Bodensees, durch die Vulkanlandschaft Hegau und die angrenzende Schweiz ist Anfang April von einem Organisationsbündnis in Konstanz der Öffentlichkeit vorgestellt worden. Einer der Wege hat einen landwirtschaftlichen Schwerpunkt und führt Erholungssuchende entlang einer 120 km langen Strecke zu 44 Stationen in der bäuerlichen Kulturlandschaft am Untersee: Landwirtschaft zum Anfassen, Schlafen im Heu,

Besenswirtschaft und viele weitere Attraktionen. Weitere Touren: Radwandern auf den Spuren alter Postwege, Wandern im Land aus Feuer und Eis, Flusslebnispfad Hegauer Aach, Gärten am Untersee, Wasserwandern auf dem Untersee, Stockacher Quellerlebnispfad, Vulkanpfad am Hohentwiel. Die einzelnen Routen werden in Broschüren ausführlich dargestellt. Das Gesamtpaket zu den Erlebnispfaden (Karte und Wegbeschreibungen) ist im Buchhandel erhältlich (ISBN 3-89021-589-0). Info: Modellprojekt Konstanz, ☎ 07771-922-158

Eine Bäuerin (39 Jahre) erzählt ...

LESE-BUCH

TIP

„Tierproduktion“

Das neubearbeitete und aktualisierte Lehrbuch will einen anschaulichen und klaren Überblick über die wichtigsten Inhalte der „Tierproduktion“ geben: allgemein über Anatomie, Vererbung und Zucht, Tierernährung und Futtermittel sowie speziell zu Rinder-, Schweine-, Geflügel- und Schafhaltung (einschl. Hinweisen zur Wirtschaftlichkeit). Insofern liefert das Buch eine gut verständliche und anschauliche Darstellung der wichtigsten Inhalte vor allem für Landwirtschaftsschüler und Auszubildende. Angesichts des „Wertewandels in der Gesellschaft“ wollten die Autoren Kriterien wie Wohlbefinden der Tiere, Umweltverträglichkeit der Produktion sowie Erhalt der Wertschätzung tierischer Erzeugnisse und der genetischen Vielfalt verstärkt berücksichtigen. Dieser Anspruch wird leider nur unzureichend eingelöst. Die Behandlung dieser Themen sowie die Darstellung der Risiken von Bio- und Gentechnologie sollte in einer weiteren Neuauflage ausführlicher und vor allem ausgewogener erfolgen. en Weiß u.a.: Tierproduktion. 12. neubearbeitete Aufl., 700 S., Parey, 2000, 86,00 DM

Hunger und Enteignung

„Hunger und Landwirtschaft“ ist das Schwerpunktthema der neuen Ausgabe der „blätter des informationszentrums dritte welt“ (iz3w). Darin wird Hunger nicht als Folge von Nahrungsknappheit oder gar Bevölkerungswachstum gewertet, sondern als Problem der Verteilung. Theoretische Konzepte und neue wissenschaftlich-technische Strategien wie z.B. die Bio- und Gentechnologie, die im Kampf gegen Hunger und Armut aus dem Hut gezaubert werden, werden zur Diskussion gestellt. Doch bisher konnte weder die Steigerung der Produktion noch die Ausweitung der Not- und Katastrophenhilfe der Unter- und Mangelernährung Abhilfe schaffen. Die Frage nach den komplexen gesellschaftlichen Ursachen wie z.B. den fortschreitenden Enteignungsprozessen von Boden geriet mit den fortschrittsorientierten Konzepten ins Abseits.

Spreu ohne Weizen: Konzeptlos gegen den Hunger. iz3w Nr. 244, 52 Seiten, 8 DM. Bezug: iz3w, Pf 5328, 79020 Freiburg, E-mail: info@iz3w.org, ☎ 0761-74003, Fax: 709866

Ware Natur

Geistige Eigentumsrechte auf Bestandteile von Pflanzen und Tieren gehören bereits zum schlechten Ton im internationalen Warenverkehr. Tiere und Pflanzen werden zu natürlichen Rohstoffquellen. Von hier aus ist es nur ein kleiner Schritt zu den „menschlichen Rohstoffquellen“. Im technokratischen Neudeutsch sind „human resources“ mittlerweile zu einem festen Begriff geworden: GenetikerInnen erfassen die Programmdateien der Ressource Mensch – auch Erbgut genannt –, Unternehmen verwalten ihre menschlichen Rohstoffquellen und in der Entwicklungshilfe werden die menschlichen Rohstoffquellen der armen Länder verbessert. Die Proteste gegen Gentechnik zeigen, dass die „menschlichen Rohstoffquellen“ sich dagegen wehren, als solche gesehen zu werden. ...

„Ware Natur“, illa Nr. 234, Informationsstelle Lateinamerika, Heerstr. 205, 53111 Bonn, ☎ 0228-658613, Fax -631226

Anzeige



Früher im Zeitschriftenbandel
und in Ihrem Naturkostladen

gesund leben und einkaufen

von Abfallberatung bis Zimmeteln
zum Entdecken und Stöbern

aktuelle Ideen, Projekte, Tipps,
Behördeninfos, Adressen

weitere Ausgaben für
HAMBURG · BERLIN · HESSEN ·
SCHLESWIG-HOLSTEIN · NIEDERSACHSEN/BREMEN

Hg. BUND - infoline: 02102-9106-0
Verlag des grünen BRANCHENBUCH
Tel. 04532-21402 · Fax 04532-22077
www.gruenes-branchenbuch.de

Die Tote, der Bauer, sein Anwalt und andere

Ein spannender Kriminalroman über das Leben und einen Mord auf einem von Arbeit beherrschten Hof

Der Morgen war still und weich wie ein satter Säugling und die Zeit hatte noch nicht angefangen zu verstreichen. Ein dichter Nebel legte Leichentücher in der Farbe von verdünnter Milch über das Moor, die Welt war geschrumpft auf zwanzig Meter im Kreis, in dessen Mitte August von Borstel stand mit starrem Blick, unter dem matten Licht der Hoflampe, fröstelnd und die Hände in den Taschen seiner Manchesterhose.

Früher war das seine beste Stunde gewesen, damals, als er noch eine leichte Mütze aufhatte, wenn der Tag noch frisch und voll und die Luft noch kalt war und in die Nase biss und die anderen Menschen noch schliefen und nur von weit her die Nebelhörner der Schiffe von einer fernen Welt bliesen, mit der er nichts zu tun hatte und nichts zu tun haben wollte. Denn seine Welt war der Hof, sie war groß genug für alles, was er brauchte. Die Tiere störten die Stille noch nicht. Nur manchmal das Rasseln einer Kette drüben im Stall, das Scheppern des Fressgitters, das knarrende Stöhnen und Pusten einer voll gefressenen Kuh.

Als er drinnen im neuen Stall das Licht anmachte, standen sie nach und nach auf, Urin prasselte und Kot pladderte auf die Betonrippen, und während er mit seiner Arbeit begann und die Siloreste der Nacht zum Fressgitter schob, stellte er sich vor, der Junge wäre da. Er läge im Bett und schlief und er könnte zu ihm gehen, sein sanftes Gesicht sehen, wie er ruhig atmete. Dann würde er sich auf das Frühstück freuen. Der Junge würde sich schlaftrunken auf seinen Schoß kuscheln, bis er richtig wach wäre, seine kleine Hand in seiner großen rissigen, er würde ihn wärmen bis in die Fußspitzen und er würde die Wärme noch später spüren, wenn er längst wieder bei der Arbeit war...

tiz, mit eindrucksvollen Charakteren wie dem ausgefuchsten Anwalt Schlüter, dem gefürchteten Richter Vulgo, dem bemühten Polizeioberrichter Schäfer oder den pfiffigen Zellengenossen des (zunächst) eingesperrten Bauern – der sich anscheinend mit seiner Verurteilung abfindet, obwohl sein Verteidiger und seine geheimnisvolle Nachbarin an seiner Schuld so ihre Zweifel haben.

Schicksal einer Jungbäuerin

So beginnt ein spannender Kriminalroman, der im harten und kargen Milieu von norddeutschen Moorbauern spielt.

Mit dieser engen Welt ihres Mannes, ihrer abweisenden Schwiegereltern und ihres verstörten Schwagers kommt die eingehairate Jungbäuerin immer weniger zurecht, bis sie schließlich mit dem kleinen Sohn Willem den Hof verlassen will. Als man sie ermordet auf der Diele auffindet, wird ihr Mann verhaftet und vor Gericht gestellt. Was dann folgt, ist eine prägnante und spritzige Schilderung des Innenlebens von Polizei und Jus-

WILFRIED EGGERS



DIE TOTE, DER BAUER,
SEIN ANWALT
UND ANDERE

KRIMI

grafit

„Dienstag, den 10. August

Fortsetzung von Seite 20

Es ist alles zu spät. Ich habe keine Lust mehr. Es ist immer nur Arbeit, immer nur Arbeit. Der Hof und immer nur der Hof. Vorgestern waren wir mit dem Fahrrad unterwegs, an den Landern längs, wir haben uns den Schlag Weizen angeguckt, der bald geerntet werden soll. Der Wind strich über die Ähren, die schon etwas gelb werden, und der Weizen toogte sanft unter dem Wind, es sah richtig schön aus. Aber August hat Willem erzählt, dass Opa da früher als Tagelöhner die Gruppen gekleit hat, als er noch auf dem Brammerschen Hof gearbeitet hat und als das Land noch zu diesem Hof gehört hat, und dann hätte Opa das Land gekauft und nun würde er es bewirtschaften, und wenn Willem groß wäre, dann würde es ihm gehören und er würde mit dem Trecker dort fahren. Ich weiß nicht, aber es war irgendwas falsch dran, dass er so redet, ich kann es nicht aushalten. Immer nur der Hof. Nie Freude. Immer nur Pflicht. Wie bei Mama und Papa, die kannten auch nichts anderes. Nachmittags war ich einfach nicht da. Ich bin mit Willem noch mal losgegangen, ins Feld zum Hohen Moor, zum Seeblick, den es ganz am hintersten Ende noch gibt, hohe Birken stehen drum herum. Wir haben die Wolken angeguckt, wie sie sich in dem Tümpel spiegeln und wie die Gräser leicht schwanken, wenn der Wind darüber hinhaut, und Willem hat so viele Fragen gestellt, ich konnte sie ihm gar nicht alle beantworten. Wie die Wolken in den Teich kämen, ob sie da drin wären? Ja, sie wären da drin, habe ich zu ihm gesagt, sie würden das Wasser küssen und sich dann am Rand im Gras verstecken und dann würden neue kommen. Als wir zurückgingen, war mir das Herz schwer, denn ich wusste, sie hatten auf mich gewartet, wegen dem Melken, und als ich dann unten im Melkstand war, hat Au-

gust mich geschubst, als er an mir vorbeiging, dass ich gestolpert und hingefallen bin, und er hat mich wütend angesehen. Der Hof. Immer nur der Hof. Ich will nichts mehr hören von dem Hof. Er ist mir scheißegal, der Hof!" en

Willfried Eggers: Die Tote, der Bauer, sein Anwalt und andere. Krimi, Grafit-Verlag Dortmund, 2000, 350 S., 19,80 DM, zu beziehen über den ABL-Verlag

Ökologischer Kräuteranbau

Das Buch informiert PraktikerInnen über den ökologischen Anbau, die Verarbeitung und Vermarktung von Heil- und Gewürzkräutern. Behandelt werden u.a.: Standortansprüche von Kräutern, Jungpflanzenanzucht, Stellung von Kräutern in Betrieb und Fruchtfolge, Pflanzenschutz, Züchtung, Trocknung und Vermarktung. Die wichtigsten Kräuter werden in Kulturleitungen vorgestellt, ausführliche

Berichte beschreiben die Erfahrungen zweier Betriebe, Adressenverzeichnis und Register runden das Buch ab.

Praxis des ökologischen Kräuterbaus. Ökoplant e.V./Stiftung Ökologie & Landbau (Hrsg.), 255 S., 38,00 DM, zu beziehen im ABL-Verlag



LESE-BUCH

TIP

Alpenglühén

Postkarten von der Alp



Wunderschöne Motive mit Kühen, Käsen, Käserinnen hat der langjährige Äpler Martin Bienert für eine Serie von 32 Postkarten eingefangen. Sie würden ein stimmungsvolles Bilderbuch von Arbeit und Leben auf den Dächern Europas füllen und eignen sich bestens, um bauerliche Frühlingsgrüße zu verschicken.

Alle 32 Motive: 32,00 DM; ansonsten gibt es 4 Motivsets (A, B, C, D) mit jeweils acht Karten für jeweils 10,00 DM.



Schöne neue Alpen

"Eine alte Bauernregel besagt, dass im Durchschnitt ein Hektar Alm eine Kuh ein Jahr lang ernähren kann. Dafür allerdings, wieviel Touristen für einen Quadratmeter Berg erträglich sind, gibt es keine Bauernregel." Das Buch ist keine drastische Abhandlung über das Sterben der Berge, und doch führt es mit einer Flut von nicht mehr loslassenden Fotos eindringlich den Menschen hauptsächlich als Zerstörer einer einzigartigen Landschaft vor.

Sylvia Hamberger, Oswald Baumeister, Rudi Erlacher, Wolfgang Zängl: *Schöne neue Alpen*. Raben Verlag, 44,00 DM, beziehen über den ABL Verlag.



Schöne neue Alpen

Bestellcoupon für mehr als Arbeit ...

Ich bestelle:
 Expl. Der kritische Agrarbericht 2000 für 38 DM _____ DM
 Expl. der folgenden Ausgaben des kritischen Agrarbericht '93 bis '99 zum Sonderpreis im Paket: _____ DM
 (2 Ausgaben 60 DM; 3 Ausgaben 80 DM; 4 Ausgaben 100 DM; 5 Ausgaben 110 DM; 6 Ausgaben 120 DM; 7 Ausgaben 130DM; 8 Ausgaben 140 DM)
 Expl. Hof Thorsteeg, 28 DM _____ DM
 Expl. Die andere Eroberung, 26 DM _____ DM
 außerdem:

Zahlung nach Erhalt der Rechnung mit beiliegendem Scheck
 Ich erteile eine Einzugsermächtigung zu Lasten meines Kontos

Konto-Nr. _____ BLZ _____ Bank _____
 Name _____ Adresse _____
 Datum _____ Unterschrift _____

Bestellung an: ABL Bauernblatt Verlag-GmbH, Marienfelderstr. 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück

Handbuch Alp

Bisher haben vor allem andere über die Alpeute geschrieben, ihr kurzes Sommerdasein erklärt und ihre Freiheit bejubelt. Hier haben Alpeute selber ein Buch verfasst und sich ihr Handwerk beschrieben. Mehr als 20 AutorInnen vermitteln realistische, kritische und verträumte Einblicke ins moderne Alpwesen. Sie geben ihr Wissen und ihre Erfahrungen preis, oft auf poetische Art und Weise. Deshalb ist dieses Handbuch – nicht nur für Alpeute, sondern auch für „Zaungäste“, die mehr wissen möchten über die Vielfalt des Alpsommers.

Handbuch Alp. Octopus-Verlag, 360 S. 56,40 DM, ISBN 3-279-00533-7, zu beziehen über den ABL-Verlag

Handbuch Alp

Handbuch für Alpeute
 Einblicke in das Alpweiden



octopus

Wie gebe ich eine Kleinanzeige auf?

Private Kleinanzeigen DM 15,-; Gewerbliche Kleinanzeigen DM 25,-; Chiffregebühr DM 5,-. Alle Preise inkl. MWSt. Anzeigenannahme bis zum 10. des Vormonats. Anzeigen bis DM 25,- nur gegen Vorauszahlung per Scheck oder bar, ansonsten wird ein Zuschlag von DM 5,- für die Rechnungsstellung erhoben. Für gestaltete Anzeigen gilt unsere Anzeigenpreisliste. Anzeigenbestellungen bitte schriftlich an: „Unabhängige Bauernstimme“, Marienfelder Str. 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück.

(Klein) ANZEIGEN**Hof und Arbeit**

● **Vielseitiger Gemischtbetrieb** 80 ha (Bioland) sucht Auszubildenden zum 1.8.2000. 40 Kühe, Laufstall, Kfz. Schweinehaltung, Saatgutvermehrung, Käseproduktion, Direktvermarktung, Kleegras, Weizen, Roggen, Dinkel, Triticale, Hafer, Braugerste, Erbsen, A. Bohnen, Mais, Rüben. ☎ 05643-1669, Fax: -8430

● **Landschaftspflegehof** mit Islandpferden in Niedersachsen, ca. 20 ha, sucht Mitarbeiter/in (auch Familie) mit Interesse an ökologischer Bewirtschaftung, evtl. Wohnhaus vorhanden. Chiffre 5/00-1

● **Biete Beteiligung an Schulbauernhofprojekt** in der Nähe von Kassel. Geplant ist der Aufbau auf einem bestehenden landw. Biohof, Erforderlich: Handverliches Geschick, pädagogisches Interesse und Eigenkapital. Stille Beteiligung ebenfalls möglich. ☎ 05603-4108

● **Suche Partner oder Hofnachfolger** für ca. 50 ha Dauergrünlandbetrieb in Norddeutschland mit Mutterkuhhaltung (aussterbende Haustierrassen) und eingeführter Direktvermarktung in einer Großstadt. Chiffre 5/00-3

● **Wir, 1 w (39 Jahre) und berufstätig, 1 m (3 Jahre) und bald im Kindergarten, 1 Hund (9 Jahre) und 15 Schafe** suchen

ein gemeinsames Zuhause mit Kindern im näheren Umfeld im Raum Bielefeld. ☎ 0521-1641210

Kontakte

● **Lust mit anzupacken und auf Vieles mehr.** Frau (52 J.), ganz ohne Land, sucht Mann (bis 60 J.), wenigstens mit etwas Land, für den Rest des Lebens. Bin dunkelh., hübsch, 1,70 groß, schlank, freiberuflich, intellektuell, Schreibscharbeiterin mit Vorliebe für die konkrete Handarbeit. Erbitte Brief mit Bild. Chiffre 5/00-2

● **Bauernsterben, nein Danke!** Siehe Homepage <http://www.bauern.org>

Tiermarkt

● **Verkaufe laufend beste Arbeitspferde** in jeder Preisklasse. Burkhard Schirmeister, Sipplinger, ☎ 07551/63609

Urlaub

● **Mit Mull, Pferd und Esel** wandern wir unbeschwert durch die umbrischen Berge. Die Tiere tragen Zelte, Essen usw. für 3-7 Tage zu Fuß. Info: Hinterland G. Mittenzwei, Monticchio 64, I-06060 Castiglione Foscio (PG), Italien, ☎ 0039-0758355062

TIERGERECHTER STALLBAU

Beratung, Planung und Betreuung durch
Unabhängiges Beratungsbüro

Dipl. Ing. agr. Bodo Bertsch
Telefon 0551 - 22731

**Karl Werner Kieffer Preis
der Stiftung Ökologie & Landbau**

„Vielleicht entwickelt sich die Welt doch fort – nach vorne und oben zugleich – und wir dürfen getrost den Sich-Kommenden Generatorem in die Hand drücken. Das Beste, was wir Älteren dazu tun können, ist es, den Jüngeren ein wenig den Weg zu ebnen.“
Karl Werner Kieffer

Zum Gedächtnis an ihren Gründer Karl Werner Kieffer (1912-1995) schreibt die Stiftung Ökologie & Landbau den **Karl Werner Kieffer Preis** aus.

Leitidee

Mit diesem Preis sollen umwelt- und ressourcenschonende mittlere Technologien aus dem Bereich der Ökologie und des ökologischen Landbaus gefördert und damit Umweltbelastungen vorbeugend begegnet werden. Die zu prämierten Leistungen sollen innovativ, ganzheitlich und vorzugsweise praxisorientiert sein.

Der Preis kann Einzelpersonen und Institutionen verliehen werden. Bewerbungen aus Deutschland, Österreich und der Schweiz werden berücksichtigt.

**Dotierung /
Vorschläge**

Der mit 20.000,- DM dotierte Preis wird alle zwei Jahre vergeben, dieses Jahr im Dezember. Bewerbungen und Vorschläge können bis zum 31. Aug. 2000 eingereicht werden.

Preisvergabe

Die Verleihung des Karl Werner Kieffer Preises findet am 01.12.2000 statt.

Die Jury

Die Jury ist aus je zwei Mitgliedern des Stiftungsrates, des Kuratoriums und der Geschäftsstelle der Stiftung zusammengesetzt.

Ausschluss

Die Mitglieder des Stiftungsrates, des Kuratoriums, des Vorstandes und die Mitarbeiter der Stiftung sowie Angehörige dieser Personen sind von der Preisverleihung ausgeschlossen.

**Formlose
Bewerbung an:**

Stiftung Ökologie & Landbau
Immo Lünzer
Weinstraße 500 51
D-47098 Bad Dürkheim

Ökonomie Süd 11
D-47098 Bad Dürkheim
Telefon (043 22) 98 90
Telefax (043 22) 98 91 0

Stiftung
Ökologie &
Landbau

Veranstaltungskalender

Die in Gründung befindliche „gemeinnützige Gesellschaft für Ökologischen Landbau und Nachhaltige Regionalentwicklung Nordhessen mbH“ ist eine von der Universität Gesamthochschule Kassel als Mehrheitsgesellschafterin gegründete Gesellschaft zur Bewirtschaftung der 320 ha umfassenden Hess. Staatsdomäne Frankenhausen. Für den nach den Richtlinien des ökologischen Landbaus bewirtschafteten Betrieb suchen wir der/die

Betriebsleiter/in Rinder

in der noch im Aufbau befindlichen Rinderhaltung sollen ca. 70 Milchkühe der Rasse Altes Schwarzbuntes Niederungsind mit eigener Nachzucht und Mast gehalten werden.

Ihre Aufgaben: Eigenverantwortliche Leitung des Betriebszweiges Rinderhaltung, Mitarbeit bei allen anfallenden Arbeiten einschließlich Füttern und Melken, Vermarktung von Milch und Rindfleisch, Anleitung von Mitarbeitern des Betriebes, exakte betriebliche Dokumentationen.

Ihre Fähigkeiten: Abgeschlossene landwirtschaftliche Ausbildung (Meister Dipl.-Ing.), fundierte Kenntnisse und Erfahrungen in der Milchviehwirtschaft (nach Möglichkeit im ökologischen Landbau) sowie Interesse an züchterischen Aufgaben, Teamfähigkeit und Flexibilität, EDV-Kenntnisse, Interesse für und Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit Lehre und Forschung.

Wir bieten: Eigenverantwortliche Tätigkeit in angenehmer Arbeitsatmosphäre, leistungsbezogene Bezahlung, moderne Betriebsausstattung, familiengerechten Wohnraum.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen senden Sie bitte bis zum 15.06.2000 an folgende Adresse:

Domäne Frankenhausen
34393 Grebenstein

Tiere bauen keine Atomwaffen!

Ohne aktiven Tier- und Umweltschutz haben wir keine Zukunft. Darum haben wir rechtzeitig gehandelt.

Wir bieten Ihnen attraktive Investmentfonds nach klaren ethischen und ökologischen Regeln – als private Rentenversicherung, Sparplan oder Einmalanlage. Das ist auch unter steuerlichen Gesichtspunkten sehr interessant für Sie.

Für Ihre vierbeinigen Freunde vermitteln wir Ihnen Tierversicherungen aller Art, u.a. das komplette Programm der Uelzener.

Fordern Sie einfach unverbindlich Angebote an!

Nutzen Sie den direkten Draht: ☎ 0172-5152338,

oder schreiben Sie uns: MABO & Cvc Versicherungsmakler GmbH, BD Hannover,

Klaus-Peter Fuhrmann, Ackerstr. 2, 30851 Langenhagen, ☎ 0511-742838, Fax: 0511-742869

ERNTEN SIE NUR EINMAL IM JAHR ?

proVENTO

ERNTEN SIE DAS GANZE JAHR !!!

WIR HELFEN IHNEN DABEI OHNE FINANZIELLES RISIKO. OHNE MEHRARBEIT. MIT GARANTIERTEM ERFOLG

WIR BIETEN IHNEN FÜR GEEIGNETE FLÄCHEN ZUR ERRICHTUNG VON WINDENERGIEANLAGEN:

- LANGFRISTIGE PACTVERHÄLTNISSE (CA. 25 JAHRE), WOBEI DAS LAND WIE BISHER FAST OHNE EINSCHRÄNKUNG GENUTZT WERDEN KANN.
- KAUF DER FLÄCHE MIT PACTMÖGLICHKEIT FÜR SIE.

WIR INFORMIEREN SIE GERNE

IHRE
PROVENTO-GRUPPE

KOBLENZER STR. 13
56759 KAISERSESCH
TEL.: 02653 / 590 850
FAX: 02653 / 590 850

GVO-Freisetzung in Verden

9. Mai 2000, Kirschhaus Verden
Öffentliche Sitzung zum Thema „Freisetzung von gentechnisch veränderten Pflanzen im Landkreis Verden – Feldversuch der Firma Monsanto in Benkel“. Auf dem Podium: Fa. Monsanto, Nds. Landesamt für Ökologie, Robert-Koch-Institut, Greenpeace, Abt. LWK Hannover, Landvolkverband, Landberatung Verden, AK für gentechnikfreie Lebensmittel.
Info: Abt. AK Heide-Weier, K.-H. Bergstorf, ☎ 04233-669

Konflikt Naturschutz?

9. Mai 2000, Varel bei Sulingen (Nds.), Gaststätte Lindenhof
Podiumsdiskussion zum Thema: Landwirtschaft und Naturschutz in der Verantwortung – Konflikt oder Kooperation: Mit Vertretern des Amtes für Agrarstruktur, der Abt. der Bezirksregierung, des Landvolkverbandes, des BUND und einem Landwirt.
Info: BUND Diepholz, ☎ 05774-371

Biogas-Tagung

13. – 14. Mai 2000, Hohenlohe
Informationsseminar zur Nutzung von Biogas in der Landwirtschaft, mit Besichtigungen von Biogasanlagen.
Bauernschule Hohenlohe, Am Feuersee 8, 74592 Kirchberg/Lagt Weckelweiler, ☎ 07954-926203

Regionale Partnerschaften

15. Mai 2000, Ullhagen-Mühlhofen, Haus des Gastes
Landwirtschaft, Tourismus und Landschaftsentwicklung sind Handlungsfelder, die gerade in der Bodenseeregion eng miteinander verbunden sind. Neue Kooperationsmodelle haben sich hier entwickelt. Ziel der Tagung ist es, die einzelnen Projekte bekannter zu machen und zu neuen Aktivitäten „anzustiften“.
Bodensee-Stiftung, Thomas Schneider, ☎ 07531-909810

„Nachhaltiges Sojaschrot“?

7. – 9. Juni 2000, Loccum
Hochkarätig besetzte Tagung zur Frage, ob oder unter welchen Voraussetzungen es „nachhaltig“ sein kann, Sojaschrot aus Brasilien in Europa zu verfüttern. Ist es sozial vertretbar, die Eiweißlücke unserer Tierhaltung mit Getreide aus Ländern zu decken, in denen Menschen unterernährt sind? Auftaktveranstaltung zum 3-jährigen Akademieprojekt „Agenda 21 – Stoffstromorientierter Diskurs zur Futtermittelproblematik am Beispiel von Soja aus Brasilien“.
Evangelische Akademie Loccum, Kerstin Lanje, 31545 Rehburg-Loccum, ☎ 05766-81-187

Landschaft & Energie

30. Juni 2000, Obitz/St. Marienhal
Regenerative Energien als zukunftsfähige Perspektive und ökologische Alternative werden besonders in Landschaften angestrebt, die durch traditionelle Energieversorgung zerstört sind. Die Tagung stellt Modelle vor.
Evang. Akademie Bader, 76137 Karlsruhe, ☎ 0721-9349-290 / 298

Bauernstimme

In der Redaktion der Bauernstimme ist ab Juni 2000 die Stelle **einer Praktikantin / eines Praktikanten**

zu besetzen.

Wir bieten einen praktischen und tatkräftigen Einblick in den Fachjournalismus mit dem besonderem agrarpolitischen Anspruch der Bauernstimme.

Wir wünschen uns einen Menschen mit Blick und Gespür für die Themen und Anliegen von Bäuerinnen und Bauern und mit Spaß am Schreiben und Gestalten.

ABL-Bauernblatt Verlag, Marienfelder Str. 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück, ☎ 05242-48185

Ein herzliches Dankeschön

Allen

meinen Mitstreiterinnen und Mitstreitern in der ABL sowie im ganzen bäuerlichen Umfeld, sei es in Deutschland, Luxemburg, Österreich und in der Schweiz, welche mich zu meinem runden Geburtstag mit Glückwünschen in jeder Form überschütteten.

Durch die vielen Schreiben, Faxe, Anrufe, Fleurop, Rundfunk und Geschenke (Bäume u. Reisen), besonders aber die persönliche Anwesenheit vieler, waren diese Tage für mich wundervoll. Ein großes Danke meinem Schöpfer, welcher mir die Kraft gab, diese 8 Jahrzehnte sinnvoll auszunützen.

Euer Josef Böck

Ich werde Mitglied in der



Zutreffendes bitte ankreuzen:

- Ich möchte Mitglied in der ABL werden
- Ich zahle den regulären Mitgliedsbeitrag von DM 150,-
- Wir bezahlen den Mitgliedsbeitrag für Ehepaar und Hofgemeinschaften von DM 200,-
- Ich bin bereit, als Fördermitglied einen höheren Beitrag von DM 200,- DM 250,- oder DM _____ zu zahlen
- Ich bin Kleinbauer, Student, Rentner, arbeitslos und bezahle einen Mitgliedsbeitrag von DM 50,- (Nachweis fügen bei)
- Ich beantrage als nicht landwirtschaftliche Unterstützerin einen Mitgliedsbeitrag von DM 100,-

Mitgliedsadresse:

Name _____ Vorname _____
 Straße _____ PLZ, Ort _____

Zahlungswise des Mitgliedsbeitrags:

- Nach Erhalt der Rechnung
- Ich erteile Ihnen eine Einzugsmächtigung (Dafür erhalte ich eine Ermäßigung von DM 3,-)
- Ich bin Abonnent der Unabhängigen Bauernstimme.
- ja nein
- Ich bestelle auch die Unabhängige Bauernstimme (Bitte Coupon auf Seite 24 ausfüllen)

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, dem von mir zu erichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr. _____ BLZ _____ Bank _____

Die Mitgliedschaft verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht spätestens 14 Tage vor Ablauf gekündigt wird. Ich bin damit einverstanden, daß die Deutsche Bundespost im Falle einer Adreänderung die neue Adressor an die ABL bzw. Abo-Verwaltung weiterleitet. Willensrechtlich Ihre Bestellung kann innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich bei der ABL widerrufen werden.

Unterschrift _____ Datum _____ Beruf _____

Bitte senden Sie die Bestellung in einem Kuvert an:

ABL e.V. Bauernstimme Marienfelder Str. 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück

ABL

KONTAKTE

Schleswig-Holstein

Landesverband: Ellen Holste, Reil 5, 24848 Alt Bennebek, ☎ 04624/800312
Bernd Voss, Diekdorf Nr. 124, 25554 Wilster, ☎ 04823/8505, Fax: /75330
Hinrich Lorenzen, Winderatt 14, 24966 Sörup, ☎ 04635/2141, Fax: /2114
Plön: Matthias Stühwoldt, ☎ 04326/679
Flensburg: Heiner Iversen, ☎ 04631/7424, Fax 04631/3852

Niedersachsen

Landesverband: 29587 Luttmissen Nr. 2, ☎ + Fax 05822/2368
Heide-Weser: Karlheinz Rengsdorf, ☎ 04233/689; Ulrike Helberg-Manke, ☎ 04231/63048
Elbe-Weser: Hinrich Burfeind, ☎ 04762/1593; Ada Fischer ☎ 04723/3201, Fax: 04723/2118
Wendland-Ostheide: Horst Seide, ☎ 05865/1247
Niedersachsen-Mitte: Hartmut Hollemann, ☎ 05121/510694
Südniedersachsen: Andreas Backfisch, ☎ 05508-999989, Fax: 05508-999245

Nordrhein-Westfalen

Landesverband NRW: Marienfelder Str. 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück, ☎ 05242/48476, Fax 05242/47838
Herford: Friedel Gieseke, ☎ 05221/82575
Minden-Löbbecke: August Seele, ☎ 05702/9152
Hellweg: Ulrike Ostendorff, ☎ 02307/62281, Wilhelm-Eckel, ☎ 02378/2991
Sauerland: Dorothee Biermann, ☎ 02973/2557
Höxter-Warburger Land: Hubertus Hartmann, ☎ 05273/35447
Tecklenburger Land: Martin Steinmann, ☎ 05404/5264
Gütersloh: Erika Kattenstroth, ☎ 05241/57069
Dören: Monika Lövenich, ☎ 02425/901458

Hessen

Mittelhessen: Ernst-Günter Lang, ☎ 06441/75502, Fax: 06441/975995; Ute Rönnebeck, Lichtenauer Weg 34, 35396 Gießen, ☎ 0641/5590003
Nordhessen: Bernhard Wicke, ☎ 05665/1403; Onno Poppinga, ☎ 05673/3540

Rheinland-Pfalz

Landesverband: Auf'm Kreuzchen 2, 56290 Wohnroth ☎ 06762/951170, Fax: 06762/951191
Regionalverband Eifel: Heribert Hoffmann, Lindenstr. 5a, 54597 Eitwerath, ☎ 06551/2636, Fax: - 985783
Regionalverband Hunsrück-Nahe: Karin Auler-Weber, Auf dem Rech 4, 55481 Oberkosterz, ☎ 06763/601, Fax: 06763/558
Koblenz-Mayen: Engelbert Jung, ☎ 02607/552

Baden-Württemberg

Landesverband: Laubachtal 1, 88484 Gulenzell, ☎ 07352/8928, Fax: 07352/941422
Nordschwarzwald: Georg Bohnet, ☎ 07443/3990, Martin Reiter, ☎ 07524/2272; Hedwig Noll, ☎ 07463/729
Nord-Württemberg: Brigitte Steinmann, ☎ 07062/61620; Ulrike + Wolfgang Reimer, ☎ 07971/8584
Göppingen: Gerhard Übele, ☎ 07166/422
Oberschwaben: Albrecht Stiefel, ☎ 0751/91171; Josef Bopp, ☎ 07352/8928
Schwarzwald-Baar: Klaus Elble, ☎ 07808/1311, Fax: 07808/910453
Ortenaukreis: Tilo Braun, ☎ 07805/5465
Bodensee: Anneliese Schmei, ☎ 07553/7529, Fax: 07553/828278
Allgäu: Bärbel Endraß, ☎ 07528/7840, Fax: 07528/927590

Bayern

Regionalverband Schwaben: Josef Böck, Leipheimer Str. 8, 89347 Bubesheim, ☎ 08221/6326; Hermann Holl, ☎ 07302/8512
Bayerisches Oberland: Hans Pischeltarieder ☎ 08178/5478; Franz-Josef Grenzobach, ☎ 08809/603
Landshut-Vilstal: Josef Schmidt, ☎ 08742/8039
Bogen (Bayerischer Wald): Hermann Ertl, ☎ 09963/1590; Martin Wietaler, ☎ 09967/9697
Franken: Gabriel Deinhardt, ☎ 09194/8480; Jasmin Berger ☎ 09565/6838

Geschäftsführer: Georg Janßen, Schillerstr. 11, 21335 Lüneburg, ☎ 04131/407757, Fax 04131/407758
Arbeitskreis Frauen: Ulrike Hasemeier-Reimer, Flunstr. 6, 74405 Gaildorf-Leipensberg, ☎ 07971/8584, Fax 07971/5718
AgrarBündnis e.V.: Friedrich von Homeyer, Zur nassen Ecke 2, 49565 Bramsche-Epe
Neuland e.V.: Baumschulallee 15, 53115 Bonn 1, ☎ 0228/604960
Europäische Bauernkoordination EBK-CPE, Rue de la Sablonnière 18, B-1000 Brüssel, ☎ 00322/2173112, Fax 2184509, E-mail: cpe@agoronet.be
Verein zur Förderung des Anbaus und der Verwertung von Hanf, Marienfelderstr. 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück, ☎ 05242/48476, Fax: 05242/47838
Projektbüro Hanf, Haus Dösse, Dalke Lohmeyer, 59505 Bad Sassendorf/Ostinghausen, ☎ 02945/989195, Fax: 02945/989133
Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugebühren, Adi Lambke 05864/233, Anneliese Schmei 07553/7529, Johann Schamann 09861/3945

IMPRESSUM

Unabhängige Bauernstimme • Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – Bauernblatt e.V., Marienfelder Straße 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück, Tel. 05242/48476, Fax: 05242/47838, Homepage: http://www.bauernstimme.de • Bankverbindung: Kreissparkasse Wiedenbrück, BLZ 47853520 Kto 2017838 • Redaktion: Ulrich Jasper, Wiebe Erdmanski-Sasse: Marienfelder Str. 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück, Tel. 05242/48185, Fax: 05242/47838 (Redaktions- und Anzeigenschluß: jeweils am 15. des Vormonats) • Abonnementpreis: DM 60,- jährlich • Erscheinungsweise: monatlich (11 x jährlich) • Bestellungen, Adreänderungen, Veranstaltungshinweise und Anzeigenaufträge bitte direkt an den Verlag • Verlag: ABL Bauernblatt Verlags-GmbH, Marienfelder Straße 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück, Tel. 05242/48185 Fax: 05242/47838 • Bankverbindung: Kreissparkasse Wiedenbrück, BLZ 47853520 Kto 2031516 Satz: StadtBlatt Verlags GmbH, Bielefeld • Druck: lensing druck, Münster – ISSN-Nr 0934-4632 Postvertriebsstück 1 K 12858 E.

Bäuerliches Selbstbewusstsein

Schummeriges Licht, sanfte Bongoklänge und der Duft einer Aromalampe, dazu eine Handvoll dickbauchige Frauen, die alle in ihrem Zustand verzweifelt versuchen, es sich auf im Kreis ausgelegten Turnmatten bequem zu machen, dabei die dazugehörige Handvoll mehr oder weniger dickbauchiger Männer, die alle verständnisvoll mitatmen, mitgymnasten und mit großen Augen der Hebamme lauschen, wenn sie von den Torturen der Ätzphase berichtet (zweieinhalb Stunden ohne vernünftige Sitzgelegenheit auf diesen verfluchten Turnmatten sind allerdings ähnlich torturös, man ist schließlich sogar in Kuhställen fast davon ab, Schwangere auf Gummimatten zu halten).

Geburtsvorbereitungskurse verbinden jedenfalls die wildfremdesten Menschen miteinander, bis ... ja bis der Moment kommt, wo die Hebamme zur Vorstellungsrunde auffordert. Da ist plötzlich der eine der mitatmenden, mitgymnastenden, mitlauschenden Männer „Bauer“ und der andere „selbstständiger Landwirt“ und das scheint mittlerweile trennender als eine Nabelklemme. Was der eine fast ein

bisschen trotzig dem Verwaltungsfachangestellten und dem Bankkaufmann gegenüberstellt, mag der andere längst nicht mehr sein. Er möchte ein angesehenes Mitglied der Gesellschaft werden und bleibt doch nur der Giftspritzer und Medikamentenverfütterer. Er möchte so gern modern wirken, aber sichtbar wird

noch besser zu jammern“, wie es mal ein Werbefachmann in einer Podiumsdiskussion formulierte. Der forderte ein Ende des „fußkranken Sendungsbewusstseins“ zugunsten echter Leistungen in Form von guten Produkten. Man müsste noch den guten Umgang mit der Natur anfügen ...

Das sollte dem „Bauern“ doch runtergehen wie das Calendulaöl, was die Hebamme zwecks Entspannungsmassage an die in-den-Bauch-atmenden KursteilnehmerInnen verteilt. Wahrscheinlich ist es eben so, dass das Schwinden von echtem bäuerlichem Selbstbewusstsein mit dem Verschwinden von bäuerlicher Landwirtschaft einhergeht, daran ändert auch die beste Atemtechnik nichts.

nur Unbeholfenheit. Eigentlich ist er ein junger, dynamischer Durchstarter – unter seinesgleichen. Für den Rest der Welt „versteht es nur der Kohlebergbau an der Ruhr

Damit die Bauernstimme mal tief durchatmen kann, wären das eine oder andere neue Abo gar nicht schlecht.

Mit diesem Aufkleber wirbt der Chemie-Konzern Monsanto für seine Mittel gegen Fußkrankheiten



Deutsche Post AG Postvertriebsdruck K 12828
 ABL Bauerntätigkeit Verlagsgesellschaft
 Marienfelder Str. 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück

UNABHÄNGIGE Bauernstimme: für Selbstbewusste

5/2000

Zutreffendes bitte ankreuzen

- Ich möchte die BAUERNSTIMME abonnieren (DM 70,- im Jahr). In begründeten Fällen kann auf jährlichen Antrag für Kleinbauern, -bäuerinnen, Arbeitslose, SchülerInnen und StudentInnen der Abo-Preis auf DM 50,- gesenkt werden.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum Förderpreis von 120,- DM im Jahr
- Ich möchte die BAUERNSTIMME zum Preis von DM 35,- bzw. DM 70,- für 6 oder 12 Monate verschenken.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum einmaligen Schnupperpreis von 10 DM für drei Ausgaben (nur gegen Vorkasse: Bar, Scheck, Briefmarken)

Zustelladresse	Bei Geschenkabos Adresse des Auftraggebers
Name, Vorname	Name, Vorname
Straße	Straße
PLZ, Ort	PLZ, Ort

Zahlungsweise des Zeitungabos:

- Nach Erhalt der Rechnung
- Mit beiliegendem Scheck
- Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung. Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Betrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr. BLZ Bank

Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr (außer bei Geschenkabos), wenn es nicht spätestens vier Wochen vor Ende des Aboszeitraums gekündigt wird. Ich bin damit einverstanden, daß die Deutsche Bundespost im Falle einer Adreßänderung die neue Adresse an die Abo-Verwaltung weiterleitet.

Widerrufsrecht: Ich weiß, daß ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Unterschrift der Abonnentin / des Abonnenten Datum Beruf
(bei Geschenkabos Unterschrift des Auftraggebers)

Bitte senden Sie die Bestellung an: Bauernstimme, 33378 Rheda-Wiedenbrück, Marienfelder Straße 14 oder FAX 05242-47838